

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

1·16

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Die 40. Ausgabe! Im Enthusiasmus der Gründerjahre gingen wir davon aus, dass die Unterschiede zwischen der italienischen und der deutschen Rechtskultur im europäischen Raum langsam schwinden würden. Dass es anders kam, bzw. viel langsamer als erwartet, rettet nicht nur die Daseinsberechtigung unserer Hauspostille, sie fördert auch den Wettbewerb der Rechtsordnungen, aus denen der gute Gesetzgeber nur lernen kann. Beispielsweise aus der deutsch-italienischen Auseinandersetzung über den europäischen Haftbefehl (S.2).

**Neues aus Europa
Geistiges Eigentum
Presseschau**

Seite 2

**Neues aus Italien/ Alternative
Lebensformen
Neues aus Deutschland**

Seite 4

**Immobilienseite
Vertriebsrecht**

Seite 6

**Informationen für Kollegen
Vol. I**

Seite 8

**Informationen für Kollegen
Vol. II
Wörterbuch der
unübersetzbaren Wörter
Dolce · Lauda on Tour**

Seite 10

**Gesellschaftsrecht
Arbeitsrecht
Italienischer Prozess**

Seite 12

Transport und Schaden

Seite 14

Il numero 40 della nostra newsletter! Nell'entusiasmo dei primi anni partivamo dal presupposto che le differenze nella cultura giuridica italiana e tedesca fossero destinate lentamente a scomparire nello spazio europeo. Che ciò non sia successo, ovvero che ciò avvenga molto più lentamente di quanto previsto, non solo giustifica la sopravvivenza della nostra pubblicazione, ma stimola anche la concorrenza tra gli ordinamenti giuridici, dai quali il buon legislatore può solamente imparare. Ne sia esempio il confronto tedesco - italiano sul mandato di arresto europeo (pagina 3).

**Ultime dall'Europa
Proprietà Intellettuale
Rassegna stampa**

Pagina 3

**Ultime dall'Italia
Ultime dalla Germania**

Pagina 5

**Pagina immobiliare
Distribuzione**

Pagina 7

Informazioni per colleghi Vol. I

Pagina 9

**Informazioni per colleghi Vol. II
Dolce · Lauda on tour
Dizionario delle
parole intraducibili**

Pagina 11

**Processo Italiano
Diritto societario
Diritto del lavoro**

Pagina 13

Trasporto e danno

Pagina 15



Große Erfinder: Anwälte erfinden Urteile (S 10)
Grandi inventori: Avvocati inventano sentenze (Pag. 11)

NEUES AUS EUROPA

Italienische Gerichtskosten europarechtlich zulässig

Die Gerichtskosten in Italien sind bei hohen Streitwerten wesentlich niedriger als in Deutschland. Bei Rechtsstreiten, die einen Werkvertrag zum Inhalt haben, betragen sie zwar bis zu 2 % des Streitwertes, aber höchstens 6000 Euro. In Deutschland dagegen muss ein Kläger, der aus einem Bauvertrag 1 Million Euro einlagen möchte, 16.008,00 Euro einzahlen, sonst wird das Gericht nicht tätig. Aus diesem Grund ist die Entscheidung des EuGH vom 7.04.2016 (C-495/14), dass die Höhe der italienischen Gerichtskosten das Unionsrecht nicht verletzt, alles andere als überraschend.

Neues Justizbarometer

Die Europäische Kommission hat am 11. April 2016 das 4. Justizbarometer veröffentlicht (<http://ec.europa>).



eu/justice/effective-justice/files/justice_scoreboard_2016_de.pdf). Mit diesem Bericht soll ein Überblick über die Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justiz der Mitgliedsstaaten gegeben werden. Italien ist wie gewohnt bei den Flächenstaaten auf den hinteren Plätzen, es hat aber in den letzten drei Jahren etwas aufgeholt: Die Anzahl der anhängigen zivil- und handelsrechtlichen Streitigkeiten in der ersten Instanz je 100 Einwohner ist von über 6 im Jahr 2010 auf 4,5 im Jahr 2014 zurückgegangen (siehe dort Schaubild 11).

Europäischer Haftbefehl aus Italien: In Deutschland nicht immer vollstreckbar

Viele deutsche Kollegen überrascht es, dass in Italien Angeklagte in Abwesenheit strafrechtlich verurteilt werden können. Für italienische Juristen ist es mittlerweile selbstverständlich, dass säumige Beschuldigte ihrer Strafe nicht entgehen können.

Auf der Grundlage einer solchen Verurteilung in Abwesenheit durch das Oberlandesgericht im Florenz erging ein europäischer Haftbefehl gegen einen amerikanischen Staatsbürger, der in Deutschland festgenommen wurde. Der europäische Haftbefehl führte in Deutschland nicht zur Auslieferung nach Italien, da sich der Betroffene erfolgreich an das Bundesverfassungsgericht wandte. Dieses stellte fest, dass durch die Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten verfassungsrechtliche Grundsätze verletzt wurden; es stellte, für einen deutschen Juristen sehr nachvollziehbar, Folgendes fest (2 BvR 2735/14):

Soll der Verfolgte im ersuchenden Staat nicht zum bloßen Objekt eines ihn betreffenden staatlichen Verfahrens gemacht werden, muss er die Möglichkeit haben, auf das Verfahren einzuwirken, sich persönlich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern, entlastende Umstände vorzutragen sowie deren Nachprüfung und gegebenenfalls auch Berücksichtigung zu erreichen.

In Deutschland heißt es daher in § 230 Abs.1 StPO unmissverständlich: Gegen einen ausgebliebenen Angeklagten findet eine Hauptverhandlung nicht statt.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 5.4.2016 (C-404 und C-659/15) erwähnenswert: Danach muss die Vollstreckung eines europäischen Haftbefehls aufgeschoben werden, wenn die Haftbedingungen in dem betreffenden Mitgliedsstaat durch erniedrigende oder unmenschliche Behandlung eine echte Gefahr für die jeweilige Person darstellen. Dem Fall lagen zwei Haftbefehle aus Ungarn und Rumänien zugrunde.

Europäische Datenschutz-Grundverordnung

Am 14.4.2016 hat das europäische Parlament die Datenschutz- Grundverordnung (DS-GVO) verabschiedet. In Zukunft werden bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Arbeitnehmer, Kunden, Geschäftspartner) strengere Regeln zu beachten sein. Es drohen Bußgelder bis zu 4 % des globalen Umsatzes des Konzerns; bei Verstößen müssen Unternehmen auch immaterielle Schäden ersetzen. Der Mandantenbrief wird im Einzelnen berichten.

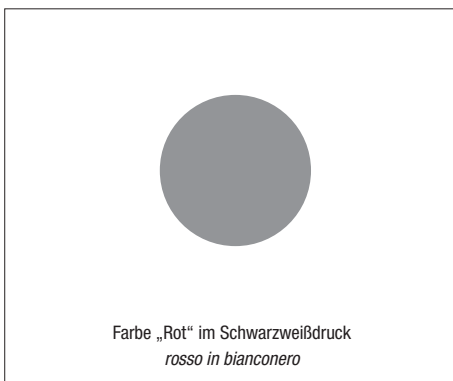
GEISTIGES EIGENTUM

Kann ein „Rot“ eine Marke sein?

Wer in Deutschland lebt, kennt das knallige Rot der Sparkassenfilialen. Spanier und viele andere Europäer verbinden mit der gleichen Farbe die spanische Santander Bank. In Deutschland streiten sich Sparkassen und Santander, wem das Rot gehören darf. Die Sparkassen hatten die Farbmarke ursprünglich beim Patentamt eingetragen, die Spanier (unterstützt von der österreichischen Oberbank AG) stellten einen Löschungsantrag. Das Bundespatentgericht vertrat die Auffassung, dass eine Farbmarke nur dann eintragungsfähig sei, wenn sie einen Durchsetzungsgrad von mindestens 70 % bei dem wesentlichen Teil der Bevölkerung erreicht.

Der EuGH (C-217/13 und C-218/13) hat dies nicht so streng gesehen und die Auffassung vertreten, dass bei einer Farbmarke in Bezug auf Verkehrsdurchsetzung keine höheren Anforderungen als bei anderen Markenformen gestellt werden dürften. Das

Bundespatentgericht löschte die Marke dennoch, und dagegen klagte die Sparkasse vor den ordentlichen Gerichten. Eine Entscheidung des BGH wird im Juli 2016 erwartet; dann werden wir wissen, welche Bank zu recht rot sein darf.



Farbe „Rot“ im Schwarzweißdruck
rosso in bianconero

PRESSESCHAU

Die Liebe für den Hund, protokolliert

Im Corriere della Sera vom 26.04.2016 wird in einem Artikel von Alessio Ribaldo eine neue Tendenz in italienischen Trennungsverfahren beschrieben: Danach finden detaillierte Umgangsregelungen für Hunde Eingang in die Gerichtsakten. Es werden familienrechtliche Verfahren in Rom und Como beschrieben, in denen die Eheleute Gassigehen und Futterkosten minutiös geregelt haben.

Deutsche zufrieden mit ihrem Rechtssystem

Aus NJW-Aktuell 37/2015 entnehmen wir die Ergebnisse des Roland Rechtsreport 2015, der vom Institut für Demoskopie Allensbach erstellt wird. Danach haben in Westdeutschland 74 % großes Zutrauen in die gesetzlichen Regelungen, im Osten nur 55 %. Zu den befürchteten Rechtsrisiken: Die meisten machen sich Sorgen über einen möglichen Verkehrsunfall (60 %), dann über einen ärztlichen Behandlungsfehler (54%). 46 % befürchten Opfer einer Straftat zu werden.

ULTIME DALL'EUROPA

Il contributo unificato italiano è conforme al diritto UE

Il contributo unificato italiano è molto più basso rispetto ai costi richiesti in Germania per adire un giudice tedesco. Così, ad esempio, in una causa avente ad oggetto un contratto di appalto, l'importo dovuto a tale titolo corrisponde al 2 % del valore di causa, ma in ogni caso non può superare 6000 Euro. Per contro, in Germania, il costruttore che instaura una causa con un valore di 1 milione Euro è costretto a pagare 16.008,00 Euro a titolo di contributo unificato. Di conseguenza, la decisione d. 7.04.2016 resa dalla CdG nella causa C-495/14, che dichiara la conformità delle disposizioni Italiane al diritto UE, non sorprende più di tanto.

Quadro di valutazione UE della giustizia 2016

In data 11 aprile 2016 la Commissione Europea ha pubblicato il 4° nuovo Quadro di valutazione UE della giustizia (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1286_it.htm) inteso a fornire una visione generale dell'efficienza, della qualità e dell'indipendenza dei sistemi giudiziari degli Stati membri. Obiettivo della valutazione è fornire alle autorità nazionali dati comparativi che le aiutino a migliorare i loro sistemi giudiziari.

L'Italia si trova come sempre nelle ultime file, anche se negli ultimi anni ha recuperato qualche posizione: il numero delle cause pendenti nel settore civile e commerciale in primo grado su 100 cittadini è sceso da 6 nel 2010 a 4,5 nel 2014 (cfr. grafico 11).

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

Marchi di colore: la potenza del Rosso

I tedeschi associano solitamente il colore rosso acceso alle filiali della Sparkasse (Casa di risparmio), gli spagnoli e altri europei alla banca (spagnola) Santander. In Germania è sorta una controversia tra i due istituti di credito circa la spettanza ed il diritto all'utilizzo del suddetto colore. La Sparkasse ha, infatti, registrato il c.d. marchio di colore presso l'ufficio marchi e brevetti. Il Banco Santander e la banca austriaca Oberbank AG ne hanno domandato la cancellazione.

Secondo il Tribunale Federale dei Brevetti, affinché un marchio di colore possa acquisire carattere distintivo con l'uso, è necessario che venga dimostrato un grado di riconoscibilità dello stesso di almeno il 70 %. Di diverso avviso sono stati, invece, i giudici della CdG Europea (cfr. cause C-217/13 e C-218/13), a parere dei quali per il c.d. marchio di colore varrebbero, in realtà, le regole generali; sicché ad essi si applicherebbero, in definitiva, gli stessi criteri di riconoscibilità cui sottostanno le altre tipologie di marchio. Il Tribunale Federale dei Brevetti ha provveduto comunque ad

Il mandato di arresto europeo rilasciato in Italia non è sempre eseguibile in Germania

Molti colleghi tedeschi rimangono sorpresi dal fatto che in Italia possa essere emesso un provvedimento di condanna penale anche in contumacia. I colleghi italiani invece sono consapevoli che ciò possa succedere.

Così, un cittadino statunitense è stato condannato in sua contumacia dalla Corte di Appello penale di Firenze, la quale ha poi emesso un mandato di arresto europeo che ha portato al fermo dello stesso in Germania. Tuttavia, la Corte Costituzionale tedesca non ha permesso l'estradizione verso l'Italia, posto che ha ritenuto che la condanna in contumacia violasse i diritti costituzionalmente garantiti, così motivando la propria decisione (2 BvR 2735/14):

Alla persona perseguita in uno Stato diverso da quello in cui si svolge il processo, deve essere riconosciuta la possibilità di partecipare al processo e prendere personalmente posizione alle accuse contro di lei mosse, proporre argomenti a suo discarico ed ottenerne la verifica e la presa in considerazione.

Argomentazione più che condivisibile dal punto di vista tedesco, posto che il § 230, comma 1, cpp tedesco statuisce chiaramente che: contro la persona accusata contumace non si dà avvio all'udienza principale.

In questo contesto vale la pena menzionare anche la sentenza della CdG dd. 5.4.2016 nella causa C-404 und C-659/15, la quale ha statuito che l'esecuzione di un mandato d'arresto europeo venga annullata laddove le condizioni di arresto previste in uno Stato

ordinare la cancellazione del marchio di colore, registrato dalla Sparkasse, la quale ha deciso allora di agire di fronte al giudice ordinario (Corte Federale). Quest'ultimo dovrebbe pronunciarsi sulla questione entro il mese di luglio. Sarà allora noto, finalmente, quale istituto bancario abbia diritto a diventare (e rimanere) rosso.



europäischer Haftbefehl:
grenzüberschreitend eingesetzter Diensthund;
Mandato d'Arresto Europeo:
Cane Lupo di servizio transfrontaliero

Membro siano tali da essere considerate denigratorie ovvero costituiscano un pericolo concreto per tale persona. Nel caso di specie la CdG si era occupata di due mandati di arresto provenienti dall'Ungheria e dalla Romania.

Regolamento europeo sulla protezione dei dati

In data 14.4.2016 il Parlamento Europeo ha rilasciato il nuovo regolamento europeo sulla protezione dei dati. In futuro sarà necessario attenersi alle rigide regole in tema di gestione e protezione dei dati sensibili (dipendenti, clienti, partner contrattuali ecc.), posto che sono previste sanzioni salate in caso di violazione, pari a fino al 4% del fatturato del gruppo, oltre al ristoro di danni non patrimoniali. Vi aggomeremo in merito.

RASSEGNA STAMPA

Un amore senza fine... per il cane

Nei giudizi di separazione in Italia si propone una nuova tendenza; è quanto emerge dall'articolo firmato da Alessio Ribaudo, pubblicato sul „Corriere della Sera” il 26 aprile 2016, il quale rileva curiosamente la presenza di sempre più frequenti disposizioni relative al „diritto di visita” dei cani inserite all'interno degli accordi di separazione.

In particolare, il Tribunale di Roma e quello di Como hanno omologato, di recente, delle intese raggiunte da due coppie in crisi, le quali avevano regolato in maniera minuziosa la ripartizione del costo del mangime per il cane e i tempi a disposizione di ciascuno dei coniugi per le passeggiate con l'animale domestico.

I tedeschi? Soddisfatti del proprio sistema giuridico

Sulla rivista giuridica NJW-Aktuell 37/2015 sono stati pubblicati i risultati contenuti nel report 2015 della Roland, basato su un sondaggio condotto dall'istituto demoscopico di Allensbach.

Stando ai dati pubblicati, ben 74% della popolazione della Germania occidentale nutre grande fiducia nel proprio sistema giuridico. Più bassa appare la percentuale rilevata tra la popolazione residente nella parte orientale del Paese (solo il 55 %).

Gli eventi più temuti dagli intervistati? Al primo posto troviamo gli incidenti stradali (60 %), seguiti dalla negligenza medica (gli errori del personale sanitario sono indicati fra i rischi maggiormente temuti dal 54 % della popolazione interessata). Il 46 % teme, invece, di poter essere vittima di un reato.

NEUES AUS ITALIEN/ ALTERNATIVE LEBENSFORMEN

Endlich erneuert sich das Familienrecht in Italien und öffnet sich gegenüber den nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Das Gesetz Nr. 76/2016, in Kraft seit 05.06.2016, erkennt zum ersten Mal nichteheliche Lebensgemeinschaften in Italien an, sowohl homosexuelle als auch heterosexuelle. Das neue Gesetz schreibt das italienische Familienrecht neu, das jetzt drei Typologien der Familiengemeinschaften vorsieht: Die eheliche Gemeinschaft, homosexuelle Paare (sogenannte eingetragene Partnerschaften) und die heterosexuelle Lebensgemeinschaft nach dem Lebensgemeinschaftsabkommen. Das Gesetz zielt darauf ab, die einheitlichen Rechte, Pflichten und den Schutz in den unterschiedlichen Bereichen der oben genannten Typologien zu gewährleisten, die im Folgenden vorgestellt werden.

Heterosexuelle Paare:

- Die Lebensgemeinschaftsabkommen heterosexueller Paare können vor einem Notar oder einem Rechtsanwalt abgeschlossen werden, der die eigenhändigen Unterschriften und die Zulässigkeit des Vertrages zwischen einem volljährigen Mann und einer volljährigen Frau beurkunden muss. Das Abkommen gilt als eine Liebesbindung mit einer gegenseitigen stabilen, moralischen und materiellen Unterstützung. Der Vertrag muss vom Rechtsanwalt/Notar innerhalb von 10 Tagen nach Protokollierung der Gemeinde des Wohnsitzes der Lebenspartner zur standesamtlichen Eintragung übermittelt werden, damit – wie beim Aufgebot – Dritten die Möglichkeit eingeräumt wird, Einwände vorzubringen.

- Im Lebensgemeinschaftsvertrag können die Lebenspartner die vermögensrechtliche Regelung ihres Zusammenschlusses treffen, sie können die für die Ehe typische Regelung der Gütergemeinschaft wählen, und können auch ihren Unterhalt sowie den jeweiligen Beitrag für das Gemeinschaftsleben regeln.

- Die Paare, die einen Lebensgemeinschaftsvertrag abgeschlossen haben, sind berechtigt in das Verzeichnis zur Vergabe von Sozialwohnungen in den Gemeinden des Wohnsitzes aufgenommen zu werden, soweit sie die den verheirateten Paaren ebenbürtigen Voraussetzungen erfüllen.

- Die Lebenspartner haben das Besuchs- sowie das Informationsrecht im Krankenhaus, in dem der andere Lebenspartner bzw. die Lebenspartnerin untergebracht ist. Außerdem können sie zum Vormund des

jeweiligen Lebenspartners ernannt werden, soweit dieser nicht mehr in der Lage ist, selbst Entscheidungen über die eigene Gesundheit zu treffen.

- Die Lebenspartner haben nun das Recht, in den Mietvertrag der Wohnung, in der sie wohnen, einzutreten, auch wenn Inhaber des Mietvertrages der andere Lebenspartner ist. Das Recht, in der Wohnung zu bleiben, in der das Paar gewohnt hat, besteht auch im Falle, in dem der Lebenspartner, der Wohnungseigentümer ist, stirbt. Der andere mitbewohnende Lebenspartner hat das Recht, in der Wohnung für weitere 5 Jahre zu bleiben.

- Im Falle der Trennung der Lebenspartner finden die allgemeinen Regelungen Anwendung, die für die Trennung und/oder Scheidung der Lebenspartner vorgesehen sind. Die Kinder haben denselben Schutz wie die in einer Ehe geborenen Kinder. Das Unterhaltsrecht des Lebenspartners wird an der Dauer der Lebensgemeinschaft gemessen.

Zur Klarstellung: Diese Rechte stehen einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft, die die oben genannte Lebensgemeinschaftsabrede nicht abgeschlossen hat, nicht zu.

Homosexuelle Paare:

- Die homosexuellen Paare, die aus ledigen Volljährigen gleichen Geschlechts bestehen, müssen für ihre gesetzliche Anerkennung vor dem Standesamt und vor zwei Zeugen einen Vertrag Namens „eingetragene Partnerschaft“ unterzeichnen, nach dem die Partner gleiche Rechte und Pflichten haben. In der Beziehung muss jeder nach seinen eigenen Arbeits- und Vermögensfähigkeiten zum gemeinsamen Unterhalt beitragen.

- Das homosexuelle Paar kann durch Abschluss des Vertrages der eingetragenen Partnerschaft den Nachnamen des Paares wählen: ein einziger gemeinsamer Nachname oder der Nachname des anderen Partners / der anderen Partnerin kann zu dem eigenen zugefügt werden.

- Die Partner der eingetragenen Partnerschaften haben das Erbrecht sowie das Recht auf die Hinterbliebenenrente, das Recht auf Elternzeit, das Recht auf die Rangliste in der Kinderkrippe, wenn das Paar Kinder hat. Zu den Pflichten gehören die gegenseitige moralische und materielle Unterstützung und das Zusammenleben.

- Im Falle der Trennung der Lebenspartner finden die allgemeinen Regelungen Anwendung, die für die Trennung und/oder Scheidung der Lebenspartner vorgesehen sind. Die Kinder haben denselben Schutz wie die in einer Ehe geborenen Kinder.

- Im Falle, in dem einer der Partner sein Geschlecht ändert oder seine Identität berichtigt, muss die eingetragene Partnerschaft aufgelöst werden.

In den nächsten Monaten werden die Normen und die Änderungen für die Anerkennung und die Eintragung in Italien der im Ausland geschlossenen Partnerschaften erlassen.

Das Cirinnà genannte Gesetz ist in Italien Gegenstand großer Diskussionen und Polemiken. Die umstrittenen und „heißen“ Themen, die allerdings durch das Gesetz noch ungelöst geblieben sind, sind die soge-

nannte stepchild adoption, also die Adoption des Kindes des eigenen Lebenspartners, und die Ausdehnung der für die Ehe vorgesehenen Treuepflicht auch auf die Lebensgemeinschaften. VR

Italien – Vererbungsrechte in einer zivilrechtlichen Vereinigung zwischen gleichgeschlechtlichen Personen

Die Einführung des Instituts der zivilrechtlichen Vereinigung („Eingetragene Partnerschaft“) zwischen gleichgeschlechtlichen Personen durch das Gesetz Cirinnà (L. Nr. 76/2016, in Kraft seit dem 05.06.2016, siehe oben) – hat auch auf das Erbrecht zwischen den Parteien und ihren Angehörigen Auswirkung. Auf die Partner einer zivilrechtlichen Vereinigung, die vor dem Standesbeamten in Gegenwart von zwei Zeugen geschlossen wurde, finden die Vorschriften des italienischen Zivilgesetzbuches zur Erbenwürdigkeit, zu den Pflichtteilen, zur gesetzlichen Erbfolge, zur Erbanwachsung und zu den Familienvereinbarungen Anwendung. Das bedeutet auch, dass die Partner wechselseitig erbberechtigt sind, wie es das Gesetz bislang nur für Eheleute vorgesehen hatte. Die Regeln der gesetzlichen Erbfolge (in Ermangelung eines Testaments) oder auch hinsichtlich des Pflichtteilsanspruches, wenn das Erbe durch letztwillige Verfügung oder Schenkung beeinträchtigt wird, sind zu berücksichtigen.

Das Gesetz enthält eine Vollmacht an die Regierung, durch Dekrete auch die Fragen des internationalen Privatrechts zu regeln, so das anzuwendende Recht bei gleichgeschlechtlichen Partnern, die im Ausland eine Ehe geschlossen, eine zivilrechtliche Vereinigung oder ein entsprechendes Institut vereinbart haben; auch hier soll das italienische Recht Anwendung finden. AC

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Neue Datenschutzverbandsklage

am 24.2.2016 ist das „Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von verbraucher-schützenden Vorschriften des Datenschutzrechts“ (Unterlassungsklagengesetz, UKlaG) in Kraft getreten. Es erlaubt nun auch Verbraucherschutzverbänden sowie Wirtschafts- und Wettbewerbskammern, bei Datenschutzverstößen gegen Unternehmen zu klagen oder sie abzumahnern.

Fernsehübertragungen von Urteilsverkündungen

Nach einem Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums soll das Verbot von Fernsehübertragungen aus der Gerichtsverhandlung gelockert werden. Soweit der Vorsitzende Richter der Übertragung zustimmt, werden in Zukunft Urteilsverkündungen live übertragen werden können

Einen interessanten aktuellen Beitrag zum neuen Familienrecht „Anerkennungsverpflichtung in Deutschland von einvernehmlichen außergerichtlichen Trennungen und Scheidungen, die in Italien durch die mit Rechtsbeistand abgeschlossenen Verhandlungsbereinkunft („negoziata assistita“) erzielt worden sind“ von Rechtsanwältin Viviana Ramon finden Sie in unserem Blog blog.dolce.de.

ULTIME DALL'ITALIA/ PERCORSI ALTERNATIVI

Il diritto di famiglia in Italia si rinnova finalmente ed apre alle convivenze

La legge n. 76/2016 in vigore dal 05.06.2016 riconosce per la prima volta in Italia le coppie di fatto, sia omosessuali che eterosessuali. La nuova legge riscrive il diritto di famiglia italiano che ora prevede tre tipologie di nuclei famigliari: le unioni fondate sul matrimonio, le coppie omosessuali, cosiddette unioni civili e le convivenze eterosessuali, definite patti di convivenza. La legge mira ad allargare alle sopracitate tipologie di unioni diritti, doveri e tutele in diversi ambiti, che vediamo sinteticamente.

Le coppie eterosessuali:

- I patti di convivenza tra coppie eterosessuali possono essere stipulati davanti ad un notaio o ad un avvocato, che dovrà certificare l'autografia delle firme e la liceità del contratto, tra un uomo ed una donna maggiorenni, uniti da un vincolo affettivo e da stabile reciprocità di assistenza morale e materiale. Il contratto dovrà essere trasmesso dal professionista entro 10 giorni al comune di residenza dei conviventi per l'iscrizione all'anagrafe, ai fini dell'opponibilità ai terzi.

- Nel contratto di convivenza i conviventi possono scegliere il regime patrimoniale della loro unione, scegliendo eventualmente il regime della comunione dei beni, tipico del matrimonio e possono regolamentare anche il loro mantenimento ed il contributo di ciascuno alla vita in comune.

- Alle coppie che hanno stipulato il contratto di convivenza di cui sopra viene riconosciuto il diritto di accedere alle liste per l'assegnazione delle case popolari nei comuni di residenza purché abbiano i requisiti richiesti al pari delle coppie sposate.

ULTIME DALLA GERMANIA

Nuova azione per la tutela di interessi collettivi sulla tutela dati

Il 24.2.2016 è entrata in vigore la legge sul miglioramento dell'applicazione in ambito civile di disposizioni a tutela dei consumatori sulla tutela dei dati (Unterlassungsklagengesetz, UKlaG). La legge permette ora anche alle associazioni a tutela dei consumatori, come anche alle camere per l'economia e la concorrenza, di esperire azioni giudiziali o diffide nei confronti delle imprese in caso di violazione della tutela dei dati.

Trasmissioni televisive di promulgazioni di sentenze

Come previsto da un progetto di legge del Ministero Federale di Giustizia, il divieto di trasmissione televisiva di udienze giudiziarie dovrebbe diventare meno rigido. Nel caso in cui il Giudice Presidente autorizzi la trasmissione, si potranno vedere in futuro promulgazioni di sentenze live.

- I conviventi hanno diritto di visita e di informazione in ospedale qualora il/la compagno/a sia ricoverato/a, possono inoltre essere nominati tutori del proprio partner, qualora quest'ultimo non sia più in grado di prendere decisioni per la propria salute.

- I partner hanno ora il diritto di subentrare nel contratto d'affitto della casa in cui convivono anche se l'intestatario del contratto d'affitto è l'altro partner. Il diritto a permanere nella casa in cui la coppia abitava sussiste anche nel caso in cui il partner convivente, proprietario dell'immobile, dovesse morire. L'altro convivente, purché risieda in quell'immobile, ha il diritto di restare per altri 5 anni.

- Nel caso di separazione dei conviventi troveranno applicazione le regole comuni previste per la separazione e/o divorzio dei coniugi. I figli avranno la stessa tutela dei figli nati nel matrimonio. Il diritto al mantenimento del convivente verrà parametrato alla durata della convivenza.

Si precisa infine che, i diritti di cui sopra non vengono riconosciuti alle coppie di fatto cioè a quei conviventi che non hanno stipulato i patti di convivenza di cui sopra.

Le coppie omosessuali:

- Le coppie omosessuali, formate da maggiorenni dello stesso sesso e di stato civile libero, per essere riconosciute dalla legge devono sottoscrivere dinanzi all'ufficiale di Stato Civile e davanti a due testimoni un contratto denominato „unione civile“, nel quale i partner hanno identici diritti e doveri. La coppia, ognuno in relazione alle proprie capacità di lavoro e sostanze, dovrà contribuire ai bisogni comuni.

- La coppia omosessuale nel sottoscrivere il contratto di unione civile potrà scegliere il cognome della coppia: un unico cognome comune oppure potrà essere aggiunto al proprio quello dell'altro/a compagno/a.

- I partner delle unioni civili hanno diritto all'eredità e alla reversibilità della pensione dell'altro, ai congedi parentali, alle graduatorie all'asilo nido se la coppia ha dei figli. Tra i doveri invece si annoverano l'assistenza morale e materiale, l'obbligo di coabitazione.

- Nel caso di separazione dei conviventi troveranno applicazione le regole comuni previste per la separazione e/o divorzio dei coniugi. I figli avranno la stessa tutela dei figli nati nel matrimonio.

- Nel caso in cui uno dei partner cambi sesso o rettifichi la propria identità, l'unione civile dovrà essere sciolta.

Nei prossimi mesi verranno dettate le norme e le modalità per il riconoscimento e la registrazione in Italia delle unioni civili stipulate all'estero.

L'approvazione della legge chiamata Cirinnà ha sollevato in Italia grandi discussioni e polemiche. Temi controversi ed infuocati, rimasti però irrisolti con l'approvazione della predetta legge, sono la cosiddetta stepchild adoption, cioè l'adozione del figlio del proprio compagno e l'estensione dell'obbligo di fedeltà previsto per il matrimonio alle convivenze civili.

Italia - Diritti di successione per le parti di un'unione civile tra persone dello stesso sesso

L'introduzione in Italia dell'istituto dell'unione civile tra persone dello stesso sesso tramite la cd legge Cirinnà (L. Nr. 76/2016, in vigore dal 05.06.2016) incide anche sui diritti di successione delle parti ed indirettamente dei loro parenti.

Alle parti che hanno costituito un'unione civile mediante dichiarazione di fronte all'ufficiale civile ed in presenza di due testimoni, trovano applicazione le norme del codice civile sulle successioni in materia di indegnità, diritti dei legittimari, successioni legittime, collazione e patti di famiglia. Ciò significa, per esempio, che acquistano reciprocamente i diritti di successione che il codice civile riserva ai coniugi, sia rispetto alla successione in assenza di testamento, sia nel caso in cui la loro quota di legittima risulti essere lesa da un testamento o da una donazione.

La legge contiene una delega al governo per disciplinare tramite decreti legislativi gli aspetti di diritto internazionale privato delle coppie formate da persone dello stesso sesso che abbiano contratto all'estero matrimonio, unione civile o altro istituto analogo, prevedendo l'applicazione della disciplina dell'unione civile delle leggi italiane.

AC



Potete trovare un articolo interessante attuale sul nuovo diritto di famiglia dal titolo „Obbligo di riconoscimento in Germania degli accordi di separazione e divorzio ottenuti in Italia con la negoziazione assistita“ dell'Avv. Viviana Ramon sul nostro blog blog.dolce.de.

VR

IMMOBILIENSEITE

Immobilienbesteuerung

Wie in Italien seit Jahren üblich, führt das Haushaltsgesetz zu Änderungen in der Immobilienbesteuerung. Die Neuigkeiten aus dem Jahr 2016 sind die Abschaffung der TASI-Steuer (Steuer auf unteilbare Dienste) in Bezug auf die Immobilie, die der Eigentümer als erste Wohnung nutzt. Ausgenommen sind Luxusimmobilien (Herrenhaus, Villa, Schloss); hier werden auch in Zukunft TASI wie auch die Gemeindesteuer IMU anfallen.

Eine weitere Neuerung betrifft die Abschaffung der IMU für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, soweit diese im Eigentum des nutzenden Landwirtes oder der nutzenden Landwirtschaftsbetriebe stehen.

Dekret zu Immobiliendarlehen: Vorsicht vor der Vertragsklausel, die die finanzierende Bank berechtigt, das beliehene Grundstück ohne weiteres zu verkaufen

Durch das decreto legislativo Nr. 72 vom 21.04.2016 hat Italien in diesem Jahr die Richtlinie 2014/17/EU über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher umgesetzt. Der europäische Gesetzgeber beabsichtigt damit, europäische Standards in einer für Verbraucher besonders sensiblen Materie zu schaffen; den Mitgliedsstaaten wurde für die Umsetzung viel Raum gelassen. Es werden Verhaltensregeln für finanzierende Institute und Makler eingeführt, die Finanzierungsprodukte Verbrauchern anbieten. Ein-

ge neue Vorschriften helfen Verbrauchern, die bei der Rückzahlung des Immobiliendarlehens in Zahlungsverzug geraten.

Aus den sich aus der italienischen Umsetzung ergebenden wichtigen Neuerungen ist sicher die Erhöhung der Zahl der Verzugsraten zu erwähnen, die Voraussetzung für eine Verwertung der beliebten Immobilie durch die Bank ist. Während die Bank bislang nach 7 fälligen nicht gezahlten Monatsraten den Verkauf der Immobilie betreiben konnte, sind es nunmehr 18. Dafür darf die Bank die Immobilie dann aber freihändig verwerten und muss diese nicht, wie bisher, im Wege der Zwangsversteigerung veräußern. Diese Änderung dient dazu, der Bank eine schnellere Rückführung des notleidenden Kredits zu ermöglichen.

Weiterhin ist vorgesehen, dass die Parteien (ausdrücklich) vereinbaren können, dass im Falle der Nichterfüllung des Vertrages – also der Nichtrückzahlung des Darlehens – die Bank mit dem Erlös aus der Verwertung der Immobilie befriedigt wird, auch wenn dieser geringer sein sollte als die ausstehende Darlehensschuld. Sollte aus der Verwertung aber ein Überschuss erzielt werden, stünde dieser dem Verbraucher zu.

Betrug beim Immobilienkauf

Für ausländische Immobilienerwerber ist es bereits recht mühsam, sich im Dschungel des italienischen Immobilienerwerbs und den typischen - und riskanten - Angeboten der Immobilienmakler (unwiderruf-

liche Verkaufsangebote, Vorverträge, strafbewehrte compromessi) zurechtzufinden: Hinzu kommt, dass eine erhöhte Aufmerksamkeit vor „richtigen“ Betrügern angebracht ist.

Vor wenigen Wochen wurden die Mitglieder einer Bande in Mailand verhaftet, die Wohnungen in der Stadt verkauften, die nicht in ihrem Eigentum standen. Sie haben die gesamten Unterlagen zur Wohnung geklont und sich überzeugend als Eigentümer geriert. Nachdem sie von den Erwerbern eine gehaltvolle Anzahlung auf den Kauf kassierten, verschwanden sie. Es sei daran erinnert, dass in Italien nichtnotarielle Vorverträge wirksam und üblich sind, bei denen die Erwerber eine Anzahlung zwischen 10 und 30 % des Kaufpreises leisten.

Unter den als Rip Deal bekannten Straftaten finden sich auf Seiten des Verkäufers typischerweise die angebliche Prinzessin aus Burkina Faso, der amerikanische Soldat, die versprochene Schlüsselübergabe durch Boten; häufig mieten die Betrüger auch die Wohnung, um die Übergabe am Ort vorzunehmen.

Es bleibt daher der Rat, beim beabsichtigten Immobilienkauf oder -verkauf sich professionellen Rat einzuholen und sich Fachleuten anvertrauen, die die verschiedenen Aktivitäten mit den Gegenpartei, den Maklern, den Notaren und den Banken koordinieren können und dabei die vertraglichen Wege gehen, die zu einem problemlosen Immobilienerwerb führen.

gg

VERTRIEBSRECHT

Handelsvertreter: Vertrieb von Wettbewerbsprodukten

Wie der italienische Kassationshof mit Entscheidung vom 4. März 2016 festgestellt hat (4299/2016), kann der Geschäftsherr den Vertrag eines Handelsvertreters fristlos kündigen, wenn dieser im Vertragsgebiet Konkurrenzprodukte vertreibt – auch wenn das Wettbewerbsverbot nicht ausdrücklich im Handelsvertretervertrag festgehalten ist.

Abfindung für europäische Vertriebshändler

Ein schwedischer Vertragshändler schloss mit einem deutschen Unternehmen einen Vertriebsvertrag ab, der die Anwendung von deutschem Recht vorsah. Nach Beendigung der Zusammenarbeit forderte der Schwede in entsprechender Anwendung des deutschen Handelsvertreterrechts eine Abfindung (Ausgleichsanspruch gemäß § 89b HGB). Der deutsche Hersteller verteidigte sich damit, dass die von der deutschen Rechtsprechung entwickelte Analogie zwischen Vertriebshändler und Handelsvertreter nur in Deutschland gelte. Die europäische Richtlinie, auf die sich das europäische Handelsvertreterrecht stützt, regelt nicht das Recht der Vertriebshändler. Der BGH sah das anders und verurteilte den deutschen Hersteller zur Zahlung. Sobald deutsches Recht zwischen den Parteien vereinbart ist, gilt dies auch

für den analogen Ausgleichsanspruch (BGH Urteil vom 25.2.2016, VII ZR 102/15).

Ausgleichsanspruch und Gerichtsstand des Vermögens

Ein deutscher Handelsvertreter forderte die Zahlung eines Ausgleichsanspruches von einem amerikanischen Unternehmen (Wisconsin). Da das Recht des Staates Wisconsin Abfindungen für Handelsvertreter nicht vorsieht, suchte er nach einem deutschen Gerichtsstand. Nach § 23 ZPO kann gegen eine Person, die in Deutschland keinen Wohnsitz hat, vor dem Gericht verklagt werden, in dem sie Vermögen hat. Der Handelsvertreter glaubte diese Voraussetzung erfüllen zu können und trug vor, dass das amerikanische Unternehmen Gesellschafterin einer deutschen GmbH sei und daher hier Geschäftsanteile besitze, die gepfändet werden könnten. Das OLG München (7 U 185/15) hielt sich dennoch für unzuständig, da der Handelsvertreter nicht darlegen konnte, dass der Erlös aus der Verwertung der Geschäftsanteile höher als die Verwertungskosten werden würden, d.h., dass unterm Strich als Gesellschaftsvermögen wohl nichts übrig geblieben wäre. Man erkannte daher auch kein schützenswertes Interesse des Handelsvertreters, der in Deutschland seinen Anspruch mangels Masse ohnehin nicht hätte durchsetzen können.

Es erreicht uns vorliegender Leserbrief, den wir gern veröffentlichen. Rechtsanwalt Bühner hat natürlich Recht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

an Ihrem, im Übrigen sehr informativen und unterhaltsamen Mandantenbrief, ist aktuell eine kleine Kritik notwendig.

Das auf Seite 8 besprochene Urteil des LG Osnabrück zum Vertriebsrecht (Kündigungsschwer durch unzumutbare Koppelung von Rückzahlungsverpflichtung und Vertragsbeendigung) wurde vom OLG Oldenburg bereits durch Urteil vom 30.03.2015 (13 U 71/14) aufgehoben und die Klage des Unternehmens auf Provisionsrückzahlung bis auf einen kleinen Teil der Zinsen zugesprochen. Eine Kündigungsschwer vermochte der Senat nicht zu erkennen.

Selbst wenn die Entscheidung des OLG bei Erstellung Ihres Mandantenbriefs nicht bekannt war oder vorgelegen hat, erachte ich den Hinweis auf eine fehlende Rechtskraft der besprochenen Entscheidung des LG Osnabrück für geboten.

Mit freundlichem kollegialen Gruß
Jens Bühner
Rechtsanwalt

PAGINA IMMOBILIARE

Fisco e immobili

Come oramai ricorrente in Italia, ogni anno la legge finanziaria porta modifiche nella imposizione sulle case. Così a partire dal 2016 tra le maggiori novità vi è l'abolizione della Tasi (tassa sui servizi indivisibili) sugli immobili utilizzati dal proprietario come prima casa, ad eccezione delle case di lusso (ovvero case signorili, ville e castelli), che continueranno a pagare sia Tasi che Imu (imposta municipale unica).

Altra novità fiscale riguarda l'esenzione dall'Imu per i terreni agricoli, solo però nel caso in cui essi siano posseduti da coltivatori diretti o imprenditori agricoli professionali.

Decreto mutui: attenzione alla clausola automatica che permette alla banca di mettere direttamente in vendita l'immobile ipotecato

Con il decreto legislativo n° 72 del 21.04.2016 anche l'Italia ha recepito quest'anno la direttiva 2014/17/UE in merito ai contratti di credito ai consumatori relativi a beni immobili residenziali. In tal modo Il Parlamento europeo ha voluto creare degli standard europei in un settore molto sensibile per i consumatori, lasciando poi ampi spazi ai singoli stati nell'attuazione della direttiva. Così, in generale, vengono fissati canoni di comportamento per i finanziatori e intermediari del credito che offrono appunto contratti di credito ai consumatori. Ven-

gono inoltre inserite norme che vengono incontro ai consumatori in difficoltà a pagare le rate del mutuo.

Tra le novità più importanti introdotte in Italia, vi è senz'altro quella che aumenta a 18 mesi di rate non pagate (prima erano 7) la soglia oltre la quale si ha inadempimento da parte del consumatore, consentendo peraltro alla banca, se pattuito, di vendere direttamente l'immobile dopo l'inadempimento, senza necessità di procedere all'esecuzione forzata e quindi alla vendita all'asta. Lo scopo è naturalmente quello di ridurre i tempi necessari alle banche per rientrare in possesso dei loro crediti.

Inoltre le parti possono stabilire nel contratto, attraverso clausola espressa, che in caso di inadempimento del consumatore la restituzione o il trasferimento del bene dato in garanzia, o dei proventi della vendita del bene stesso, comportino l'estinzione dell'intero debito, anche se il valore del bene restituito sia inferiore al debito residuo. Qualora il valore dell'immobile o i proventi della vendita siano invece superiori al debito residuo, il consumatore avrà diritto all'eccedenza.

Truffe immobiliari

Soprattutto acquirenti stranieri devono stare molto attenti, non solo in Italia, alle truffe immobiliari. Come se non fosse già abbastanza complicato per non giuristi districarsi nella contrattualistica immobiliare tipica italiana, e utilizzata soprattutto dalle agenzia

immobiliari, a partire da proposte di acquisto e di vendita, proposte irrevocabili, contratti preliminari e compromessi, ecc. ecc.

È di pochi giorni fa la notizia dell'arresto di una banda che vendeva fittiziamente appartamenti a Milano di proprietà altrui, dopo aver „clonato” la documentazione immobiliare, tanto da far credere di essere loro stessi proprietari. Dopo aver intascato un sostanzioso anticipo/ caparra da ignari stranieri (cosa tipica – ma non obbligatoria - in Italia è appunto il pagamento di una somma tra il 10 e 30% del valore dell'immobile già alla sottoscrizione del primo accordo), i truffatori sparivano con l'importo ricevuto.

Tra le truffe immobiliari più usate, oltre quelle conosciute come Rip Deal nel caso di vendite, la principessa del Burkina Faso, il soldato americano, consegna di chiavi attraverso corriere, ecc.) vi è senz'altro quella di vendita di appartamenti di terzi, in cui la banda di truffatori, dopo aver preso in affitto un appartamento, falsifica i documenti del legittimo proprietario, per poi venderlo a terzi.

Soprattutto per acquisti o vendite di case in Italia è senz'altro consigliabile rivolgersi a consulenti specializzati in diritto immobiliare, che possono coadiuvare al meglio le varie attività con venditori o acquirenti, mediatori, notai e banche, consigliandovi le migliori tipologie contrattuali per giungere a comprare o vendere una casa „senza problemi”.

gg

DISTRIBUZIONE

Agente di commercio: vendita di prodotti concorrenziali

Come ribadito dalla Corte di Cassazione con la sentenza del 4 marzo 2016 (N. 4299/2016), il proponente può risolvere in tronco il rapporto di agenzia, qualora l'agente promuova o venda prodotti concorrenziali nella zona contrattuale di competenza, a prescindere dall'espressa previsione contrattuale del divieto di concorrenza.

Indennità di fine rapporto per concessionari europei

Un concessionario svedese aveva stipulato un contratto di distribuzione con un'impresa tedesca soggetto, per espressa previsione delle parti, alla legge tedesca. Dopo la cessazione della collaborazione, il concessionario ha rivendicato l'indennità di fine rapporto ai sensi del diritto tedesco che prevede l'applicazione analogica delle disposizioni in materia di agenzia (indennità ex § 89 HGB). Il produttore tedesco si è difeso sostenendo che l'analogia elaborata dalla giurisprudenza tedesca tra agente di commercio e concessionario si applicasse solamente ai concessionari che operano in Germania. La direttiva europea, che sta alla base del diritto europeo in materia di agenzia commerciale, non riguarderebbe i concessionari. La Corte Federale tedesca non ha condiviso tale tesi ed ha condannato il produttore tedesco al pagamento dell'indennità. Qualora le parti prevedano l'applicabilità della

legge tedesca, tale scelta si estende naturalmente anche all'indennità di fine rapporto riconosciuta per analogia (sentenza del 25.2.2016, R.G. VII ZR 102/15).

Indennità di fine rapporto e foro del patrimonio

Un agente di commercio tedesco pretendeva il pagamento dell'indennità di fine rapporto da un'impresa americana (Wisconsin). Poiché la legge del Wisconsin non prevede un'indennità di fine rapporto, l'agente valutava la possibilità di instaurare il contenzioso presso un foro tedesco. Ai sensi del § 23 ZPO (codice di procedura civile tedesco) è possibile citare una persona non residente in Germania presso il foro tedesco nel cui distretto tale persona disponga di beni patrimoniali. L'agente, ritenendo che tale fattispecie fosse integrata nel caso in questione, agiva in Germania sulla base del presupposto che l'impresa americana detenesse delle partecipazioni di una GmbH tedesca, che potevano pertanto essere pignorate. La Corte d'Appello di Monaco di Baviera (R.G. 7 U 185/15) si è tuttavia dichiarata incompetente, in quanto l'agente non aveva allegato né dimostrato che il presumibile ricavato della vendita delle partecipazioni sociali sarebbe stato maggiore delle spese necessarie per la vendita; in sostanza mancherebbe l'evidenza di un'effettiva consistenza del patrimonio sociale. Per tale motivo non vi sarebbe alcun interesse dell'agente meritevole di tutela, in quanto egli non sarebbe stato comunque in grado di realizzare il proprio diritto data la carenza di patrimonio effet-

Ci è pervenuta la seguente lettera che pubblichiamo. Il Collega Bühner ha ovviamente ragione.

Gentile colleghe, egregi colleghi,

in riferimento alla vostra lettera ai clienti - peraltro molto informativa e divertente - si rende opportuna una piccola critica.

La sentenza del Tribunale di Osnabrück citata a pagina 8 in merito al diritto della distribuzione (Inefficacia dell'obbligo di rimborso dell'anticipo provvigioni quale conseguenza dell'illegittimo aggravamento del diritto di recesso) era già stata revocata dalla Corte d'Appello di Oldenburg con sentenza del 30.03.2015 (R.G. 13 U 71/14) e la domanda di restituzione delle provvigioni avanzata dall'impresa era stata confermata dalla Corte, salvo una parte degli interessi richiesti. Il Collegio giudicante non ha ritenuto sussistere un aggravamento del diritto di recesso.

Anche qualora la decisione della Corte di appello non vi fosse stata nota al momento della redazione della lettera ai clienti, sarebbe stato a mio avviso opportuno menzionare la mancanza di giudicato della decisione del Tribunale di Osnabrück.

Cordialmente,
Jens Bühner
Rechtsanwalt

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN VOL. I

Teilnahme an kartengebundenen Rabattsystemen für italienische Rechtsanwälte zulässig

Die italienische Kartellbehörde hatte bereits 2014 gegen die italienische nationale Rechtsanwaltskammer (consiglio nazionale forense) ein Bußgeld in Höhe von 1 Million Euro wegen der wettbewerbsbeschränkenden Untersagung der Teilnahme von Rechtsanwälten an kartengebundenen Rabattsystemen verhängt; das Bußgeld ist jetzt in letzter Instanz mit Entscheidung vom Consiglio di Stato (N. 01164/2016) bestätigt worden. Die nationale Kammer hielt die Teilnahme von Rechtsanwälten an dem Programm der „Amica Card“ (siehe www.amica-card.it) für standesrechtlich unzulässig, die Kartellbehörde sah hierin dagegen einen wettbewerbsbeschränkenden Eingriff. Verbraucher, die eine „Amica Card“ nutzen, erhalten auf eine Vielzahl von Vertragsunternehmen erhebliche Nachlässe, so auch bei Rechtsanwaltskanzleien. Kollegen werben auf der Internetseite mit Nachlässen von bis zu 20 % für Inhaber einer „Amica Card“.

Auch ein Abogado ist ein Avvocato

Da der spanische Rechtsanwaltstitel „Abogado“ nach bestandem Juraexamen anders als in vielen anderen europäischen Ländern ohne weitere staatliche Prüfung verliehen wurde, war es gängige Praxis, dass italienische Juristen, die ihre eigene schwere Anwaltsprüfung aus verständlichen Gründen vermeiden wollten, sich zunächst in Spanien den Titel holten, um dann nach Italien als europäische Rechtsanwälte zurückzukommen. Dies stieß auf Widerstand der italienischen Anwaltskammern, die darin einen Wettbewerbsvorteil gegenüber denjenigen sahen, die die Mühe einer italienischen Examenprüfung auf sich nahmen. Der EuGH hatte die Rechtsanwaltskammer Macerata bereits 2014 (C-58/13 und C-59/13) verurteilt, die italienischen Abogados als Rechtsanwälte zuzulassen. Wie der Messaggero in seiner Ausgabe vom 29.4.2016 berichtet, hat die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien wegen Verletzung der Niederlassungsfreiheit eingestellt, sodass an dieser Praxis jetzt nicht mehr zu rütteln ist.

BGH: Anwalt haftet dem Gegner bei unrichtiger Abmahnung

Unserfreuliches aus Karlsruhe: Der BGH hat entschieden (X ZR 170/12), dass ein Anwalt, der einen Schutzrechtsinhaber unzutreffend beraten hat, neben diesem bei einer unberechtigten Abmahnung gegenüber dem Gegner auf Schadensersatz haften kann. Damit wird der Grundsatz durchbrochen, dass ein Rechtsanwalt nur seinem Mandanten gegenüber für einen fahrlässig falsch erteilten Rechtsrat haftet.

Haftung des Rechtsanwaltes bei sinnfreien Verfahren

Der italienische Kassationshof hat mit Entscheidung vom 12. Mai 2016 (9695/16) die Rechtsan-

wälte mittelbar aufgefordert, von Verfahren abzuweichen, die ohne Rechtsgrundlage sind und einzig dem Zweck dienen, die Gegenpartei einzuschüchtern. Die Entscheidung beinhaltet im Wesentlichen eine Aufzählung von Mängeln, die der Rechtsanwalt zu verantworten hat, und spricht der Mandantin eine Erstattung in Höhe von 1000 Euro zu. Sie wurde in der italienischen Presse (La Repubblica v. 18.05.2016) als Aufforderung des Gerichts an die Rechtsanwälte interpretiert, die Einleitung unnötiger Rechtsstreite zu unterlassen und die Gerichtssäle hiervon freizuhalten.

Partnerschaftsgesellschaften zwischen Ärzten und Rechtsanwälten möglich

Die Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung ist eine in Deutschland beliebte Gesellschaftsform, in der Rechtsanwälte untereinander aber auch in Verbindung mit anderen Berufen die Vorteile einer Personengesellschaft mit der einer Haftungsbeschränkung kombinieren können. Das Berufsrecht für Rechtsanwälte verbietet bislang eine Partnerschaftsgesellschaft zwischen einem Arzt und einem Rechtsanwalt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 12. Januar 2016 (1 BvL 6/13) dieses Verbot jetzt gekippt, sodass in Zukunft auch ein Arzt und ein Rechtsanwalt gemeinsam in einer Partnerschaftsgesellschaft tätig sein können.

Keine doppelte Treuhand für deutschen Rechtsanwalt

Ein häufiger Fall in der anwaltlichen Praxis: Die Parteien einigen sich, die Gegenpartei traut aber dem Mandanten nicht, dass er die vereinbarte Zahlung pünktlich vornimmt, und möchte kein Risiko eingehen, dem Geld hinterherlaufen zu müssen. Dieser Engpass wird oft dadurch gelöst, dass der Mandant bei seinem Rechtsanwalt den Betrag zugunsten der Gegenpartei hinterlegt und der Rechtsanwalt, sobald ihm die Leistung nachgewiesen wird, sich gegenüber der Gegenpartei zur Zahlung verpflichtet.

Das deutsche Ständerecht hat in der letzten Fassung von § 3 BORA (Berufsordnung für Rechtsanwälte) diese Fälle der sogenannten doppelseitigen Anwalts-treuhand für unzulässig erklärt. Es wird jetzt eindeutig geregelt, dass der Rechtsanwalt in einem laufenden Mandat keine Vermögenswerte von dem Mandanten und/oder dem Anspruchsgegner zum Zweck der treuhänderischen Verwaltung oder Verwahrung für beide Parteien entgegennehmen darf. Wir meinen: Schade, den Parteien wird ein wirksames Mittel der Konfliktbereinigung genommen.

Befangenheit eines Strafrichters wegen Facebook-Eintrags

Ein von dem Landgericht Rostock verurteilter Angeklagter hatte mit seiner Revision beim BGH (3 StR

482/15) Erfolg; Grund war ein Foto auf seiner Facebook Seite, das ihn mit Bierglas in der Hand und einem T-Shirt mit der Aufschrift „Wir geben ihrer Zukunft ein Zuhause: JVA“ zeigte. Der BGH war der Auffassung, dass das Foto bei verständiger Betrachtung darauf hindeuten könnte, dass der Richter Spaß an der Verhängung hoher Strafen habe und sich über Angeklagte lustig mache.

Deutsche Steuerberatung auch vom Ausland möglich

Der EuGH hat am 17. Dezember 2015 entschieden, dass die in Deutschland bis dahin herrschende Auslegung des § 3a StBerG, nach der ausländische Steuerberater nur dann in Deutschland tätig werden können, wenn sie sich physisch nach Deutschland begeben, gegen den Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs (Art 56 AEUV) verstößt. In dem entschiedenen Fall hatte eine niederländische Steuerberatungsgesellschaft für deutsche Mandanten Umsatzsteuererklärungen in den Niederlanden erstellt und an das Finanzamt Hannover-Nord übermittelt - und wird es in Zukunft auch so handhaben können.

Dämpfer für Bewertungsportale im Internet

Der vom BGH (VI ZR 34/15) entschiedene Fall betrifft zwar einen Zahnarzt, hätte aber genauso gut einen Rechtsanwalt treffen können.

In dem Ärztebewertungsportal jameda.de hatte ein unzufriedener Patient den Arzt anonym mit der sehr schlechten Note 4,8 bewertet. Der Arzt klagte gegen das Portal – das für viele potentielle Patienten ein entscheidender Ratgeber ist – und trug vor, dass der bewertende Patient nie bei ihm in der Praxis gewesen sei. Der BGH hilft dem Arzt, in dem es den Fall an die Vorinstanz zurückweist: Aufgrund des Risikos von erheblichen Persönlichkeitsrechtsverletzungen, die bei dem Betrieb eines solchen Portals anfallen, sei vom Portalbetreiber auch eine besondere Sorgfalt zu erwarten. Der BGH erwartet, dass die Bewertung des unzufriedenen Patienten dem Arzt übersandt wird und dass der Patient angehalten wird, den angeblichen Behandlungskontakt so genau wie möglich zu beschreiben.

Wettbewerbsverbot beim Verkauf einer Steuerberaterkanzlei

Verkauft der Steuerberater seine Kanzlei und wird dennoch weiter am gleichen Ort tätig, dann kann das den Käufer durchaus stören. Das OLG Düsseldorf hatte für den Käufer Verständnis und verurteilte den Verkäufer zur Unterlassung der Wettbewerbstätigkeit am Ort. Es ist der Auffassung, dass ein Wettbewerbsverbot des Verkäufers sich bei einem Mandantenkauf bereits aus der kaufrechtlichen Beschaffungs- und Leistungspflicht des Verkäufers nach Treu und Glauben als ungeschriebene Nebenpflicht und nachvertragliche Treuepflicht auch ohne gesonderte Vereinbarung ergibt.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI VOL. I

Ammissibile la partecipazione degli avvocati italiani al sistema „carta sconti”

L'autorità garante per la concorrenza italiana aveva comminato già nel 2014 al Consiglio Nazionale Forense una sanzione amministrativa pari a 1 milione Euro per il divieto apposto agli avvocati italiani di partecipare al sistema carta sconti (www.amicacard.it); condanna che è stata ora pienamente accolta e confermata dal Consiglio di Stato con decisione n. 01164/2016. Il CNF era dell'avviso che la partecipazione dei colleghi italiani ad un tale sistema contrastasse con le regole deontologiche, mentre l'Autorità per la concorrenza ha ritenuto che tale limite contrastasse con la libera concorrenza. Ed invero, i consumatori che utilizzano la „Amica Card” ottengono tutta una serie di vantaggi e sconti presso le varie aziende, e quindi anche presso gli studi legali. Diversi colleghi italiani offrono sconti fino a 20 % per gli utenti in possesso di una tale carta.

L'Abogado è Avvocato

Come noto, e diversamente da quanto succede in altri Stati Membri, i colleghi spagnoli conseguono – finora - il titolo „Abogado” al termine del percorso universitario. Tale facilitazione rispetto al difficile conseguimento del titolo italiano ha fatto emergere negli ultimi anni una prassi adottata da alcuni giovani giuristi italiani di conseguire il titolo spagnolo ed iscriversi poi nel registro speciale degli avvocati europei stabiliti del relativo ordine degli avvocati italiano di appartenenza. Comprensibilmente, diversi avvocati italiani che avevano invece superato l'esame di stato in Italia si sono ribellati, contestando la validità di tale prassi. La CdG aveva già condannato l'Ordine degli Avvocati di Macerata nel 2014 (C-58/13 e C-59/13), ordinando l'iscrizione degli Abogados italiani quali avvocati stabiliti. Il Messaggero riferisce ora nella sua edizione del 29.4.2016 che la Commissione Europea ha chiuso la procedura di infrazione contro l'Italia per la violazione della libertà di stabilimento. La prassi pare dunque confermata.

BGH (Corte di Cassazione tedesca): l'Avvocato risponde anche nei confronti della controparte in caso diffida ingiustificata

Allarme da Karlsruhe: Il BGH ha deciso con sentenza dal X ZR 170/12 che l'avvocato che ha erroneamente consigliato il proprio cliente in una vertenza concernente una diffida rivelatasi inconsistente concorre con il proprio cliente nella responsabilità verso la controparte. Con ciò pare superato il principio per cui l'avvocato non risponde personalmente nei confronti di terzi per il proprio operato.

Responsabilità dell'avvocato

Con sentenza del 12 maggio 2016 n. 9695/16, la Cassazione italiana ha invitato gli avvocati ad evitare processi privi di fondamento giuridico volti unicamente a mettere sotto pressione la controparte. La decisione elenca una serie di carenze per il quale

deve rispondere l'avvocato, riconoscendo all'assistita un risarcimento pari a 1000,00 Euro. La Repubblica (cfr. 18.05.2016) interpreta tale decisione quale invito agli avvocati dall'astenersi dall'instaurare inutili processi.

Ammissibili le società tra professionisti medici e avvocati

La società tra professionisti a responsabilità limitata tra professionisti appartenenti a diverse categorie è molto en vogue in Germania. Le regole deontologiche applicabili agli avvocati tedeschi hanno a lungo vietato l'applicabilità di tale forma societaria tra avvocati e medici. La Corte costituzionale tedesca ha ora deciso con ordinanza dd. 12. gennaio 2016 (1 BvL 6/13) di annullare tale divieto in favore degli avvocati.

Divieto della doppia amministrazione fiduciaria per l'avvocato

Un caso ricorrente nella prassi forense è quello in cui le parti si accordano su una somma che viene poi depositata fiduciariamente sul conto dell'avvocato della parte tenuta la pagamento. In questo caso la parte tenuta al pagamento si tutela per il caso in cui l'altra non adempia al proprio onere contrattualmente pattuito. La somma verrà liberata e data in pagamento al ricevente non appena quest'ultimo avrà adempiuto alla sua parte dell'accordo.

L'ultima versione del codice deontologico tedesco degli avvocati (cfr. § 3 BORA - Berufsordnung für Rechtsanwälte) ha apposto il divieto a tale prassi della cd. doppia amministrazione fiduciaria. L'avvocato non potrà dunque più trattenerne in via fiduciaria delle somme del proprio cliente che dovrebbero poi essere versate alla controparte in base all'accordo concluso. Peccato! Alle parti viene così preclusa un'ottima possibilità per risolvere taluni conflitti ed addivenire ad una rapida conclusione della vertenza.



Ricusazione di un magistrato penale per foto in facebook

Un imputato condannato dal tribunale di Rostock ha avuto successo con il suo ricorso in cassazione (BGH - 3 StR 482/15) per ricusazione del giudice presidente. In una foto nella sua pagina Facebook era

ritratto con un boccale di birra in mano e una T-Shirt con la scritta „Diamo una casa al vostro futuro: la prigione“. I giudici della revisione hanno ritenuto che la foto, valutata ragionevolmente, potesse suggerire che il giudice si divertisse a comminare pene severe e si facesse gioco dei detenuti.

Ammissibilità della consulenza fiscale anche dall'estero

La Corte di Giustizia ha deciso in data 17 dicembre 2015 che l'orientamento sino all'epoca vigente in Germania in merito all'interpretazione del § 3a StBerG per effetto della quale i commercialisti stranieri potevano fornire consulenza solo se si trovavano fisicamente in Germania contrasti con il principio della libera circolazione dei servizi (Art 56 Trattato sul funzionamento dell'Unione Europea). Nel caso deciso, una società di commercialisti olandese aveva predisposto delle dichiarazioni dei redditi per una società tedesca, inoltrandole all'ufficio delle entrate di Hannover-Nord – attività che potrà proseguire in futuro senza problemi.

Freno ai portali di valutazione in Internet

La decisione resa dal BGH (Corte Federale Tedesca), nella causa VI ZR 34/15 riguarda un dentista, ma può facilmente essere estesa anche agli avvocati.

In un portale di valutazione dei medici, jameda.de, un paziente insoddisfatto ha valutato in via anonima negativamente le prestazioni di un medico (voto negativo 4,8). Il medico citò in giudizio il portale – rilevante punto di riferimento per molti potenziali pazienti – sostenendo che il paziente in questione non era mai stato visitato da lui. Il BGH aiuta il medico, rimettendo la questione all'istanza sottostante, sottolineando che sussistendo un altro rischio di violazione dei diritti della personalità nella gestione di un tale portale, il gestore del portale è tenuto ad adottare una particolare diligenza professionale. Il BGH ritiene, dunque, che la valutazione negativa del paziente debba essere consegnata al medico e che il paziente sia tenuto a circostanziare il più possibile il contatto intervenuto con il medico.

Divieto di concorrenza per la vendita di uno studio di commercialisti

All'acquirente di uno studio di commercialisti può dare fastidio se il venditore prosegue la propria attività nello stesso luogo. La Corte di Appello di Düsseldorf ha dato ragione all'acquirente condannando il venditore a non esercitare in via concorrenziale la propria attività nello stesso luogo. La Corte è dell'avviso che il divieto di concorrenza grava sul venditore quale obbligo secondario derivante ex se dalla particolare tipologia contrattuale legata alla cessione del ramo di clienti nonché dal generale principio di buona fede, non essendo a ciò necessario che tale divieto venga espressamente pattuito tra le parti.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN VOL. II

Hase und Igel: Nicht ohne Übersetzung

In Verfahren zwischen deutschen und italienischen Parteien kommt es oft zu einem Wettstreit, wer zuerst das Gericht anruft. Der Kläger, der eine Zahlung geltend macht, zielt auf das schnelle deutsche Gericht. Der Beklagte, der auf Zeitgewinn spielt, auf das langsame italienische Gericht. Wendet sich daher die italienische Partei an das italienische Gericht und beantragt Feststellung, dass es die angebliche deutsche Forderung nicht schuldet, sind dem deutschen Kläger zunächst die Hände gebunden. Er muss vor weiteren Schritten in Deutschland die italienische Entscheidung abwarten. Daher beeilen sich deutsche Kläger, ihr Anliegen vor einem deutschen Gericht zuerst anhängig zu machen.

Das Amtsgericht Leverkusen (25 C 514/14) hatte einen solchen Fall zu entscheiden. Der deutsche Anspruchsteller hatte zuerst in Leverkusen geklagt und erst danach hatte die italienische Partei vor dem Landgericht Palermo die Feststellungsklage erhoben. An und für sich ein klarer Fall – bloß: Der deutsche Kläger hatte keine Übersetzung seiner Klage beigelegt; die italienische Partei hatte daher von

ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Zustellung zu verweigern. Dem Amtsgericht Leverkusen blieb daher keine Wahl, es hat das Verfahren bis zur Entscheidung des Landgerichts in Palermo ausgesetzt. Die Moral aus der Entscheidung: Wer im Wettrennen um den Gerichtsstand als erster durchs Ziel gehen möchte, muss in jedem Fall eine Übersetzung vorlegen. [Die Entscheidung ist nicht veröffentlicht worden, wir stellen sie gerne zur Verfügung]

Zuwachs der deutschen Anwälte gestoppt

Nach der aktuellen Statistik der Bundesrechtsanwaltskammer hat sich die Zahl der Rechtsanwälte in Deutschland 2015 nur um 239 erhöht. Die großen Zuwachszahlen aus der Vergangenheit (ca. 5000 pro Jahr in den Jahren zwischen 1995 und 2008) gehören der Vergangenheit an.

Rechtsanwalt erfindet Urteile

Notlügen des Rechtsanwaltes gegenüber seinem Mandanten gehören leider zur anwaltlichen Praxis. Der Mandant wird beruhigt: Ihre Klage ist schon bei

Gericht! - in Wahrheit liegt sie noch auf dem Schreibtisch, wenn überhaupt. Einige Kollegen verlieren aber den Überblick und verfangen sich in Phantasiewelten.

Ein Mandant hatte seinen Anwalt beauftragt, ausstehende Lohnklagen gegen seinen Arbeitgeber geltend zu machen. Der Rechtsanwalt blieb untätig, aber um den Mandanten zu besänftigen, produzierte er selbst Urteile, nach denen der Arbeitgeber zur Zahlung verurteilt wurde. Leider kam die Wirklichkeit ans Tageslicht und unser Kollege wurde wegen Urkundenfälschung verurteilt. Glücklicherweise wurde die Verurteilung in zweiter Instanz nicht bestätigt, da der Anwalt nur Abschriften eines Urteils (und kein Original) erstellt hatte (OLG Hamm, 1 RVs 18/16).

Die Redaktion des Mandantenbriefs weist in diesem Zusammenhang auf die nicht unerheblichen Stressfaktoren hin, die für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs charakteristisch sind. Potentielle Mandanten werden gebeten, sich folgende Grundfrage zu stellen: Muss ich meinen Anwalt unter Druck setzen, um ein gewünschtes Ergebnis zu erzielen?

WÖRTERBUCH DER
UNÜBERSETZBAREN

WÖRTER



DOLCE · LAUDA ON TOUR

Aufruf zur Mitarbeit!

Alle können mitwirken! Auch Schweizer und Österreicher, Luxemburger und Liechtensteiner!

Den Einsendern wird für die interessanten Zuschriften gedankt! Aufgrund eines elektronischen Missgeschicks ist der Sammellordner kurz vor Redaktionsschluss gelöscht worden...

Wir bitten also die geeigneten zweisprachigen Leser, uns Ihre Vorschläge erneut zur Verfügung zu stellen. Eine Email, von Avv. Mario Dusi aus Mailand, konnte gerettet werden; hier also die ersten Begriffe:

- l'illustrissimo Tribunale
- il comportamento ondivago di controparte
- la degiurisdizionalizzazione

World Link for Law – Rechtsanwältin Avvocato Caroline Havemann, Referentin bei der Jahreskonferenz 2016 Barcelona

Im Mai hat in Barcelona die Jahreskonferenz des internationalen Netzwerkes WLL, dem auch Dolce Lauda angehört, stattgefunden. Es haben Anwälte aus allen Kontinenten teilgenommen, aus Australien, Südamerika, Vereinigten Staaten und zum ersten Mal Japan. Vor diesem qualifizierten Publikum hat unsere Kollegin Caroline Havemann gemeinsam mit den Kollegen aus Paris, Bedard e Chouaib-Martinelli, und Rechtsanwalt Valente aus Chicago über die Unterschiede bei der Beweiserhebung in den nationalen Zivilverfahren referiert. Fünf Rechtsanwälte unserer Kanzlei waren in Barcelona dabei und haben die Gelegenheit genutzt, um die guten Beziehungen zu den Kollegen des Netzwerkes zu festigen.

AC

Martin Cordella in Leipzig

In Leipzig fand vom 21. - 22.4.2016 die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Vertriebsrecht e. V. statt, in deren Rahmen viele aktuelle Fragen des Vertriebsrechts, insbesondere grenzüberschreitende Vertragsfragen, lebhaft erörtert wurden.

Martin Cordella in Koblenz

Im Rahmen einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Koblenz (IHK - Netzwerktreffen für Handelsvermittlung und Vertrieb) in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsverband Handelsvermittlung und Vertrieb Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz (CDH) e.V., hat Herr Rechtsanwalt Cordella einen geschätzten Vortrag zum grenzüberschreitenden Handelsvertreterrecht – insbesondere im Verhältnis zu Italien – gehalten.

Marilena Bacci in Verona

Frau Rechtsanwältin Marilena Bacci hat mit Erfolg den Kurs „Experte in Logistik und Warentransport“ in Verona bestanden, der sich mit der ital. Rechtsprechung und Praxis im Bereich des italienischen sowie internationalem Transport- und Logistikrechts befasst hat.

Dolce Lauda Seminar in Perugia

Das jährliche Seminar, das mit befreundeten Kanzleien in Italien organisiert wird, und zu dem alle Kollegen und Mandanten eingeladen sind, ist für dieses Jahr am 30.09.16/1.10.16 in Perugia geplant.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI VOL. II

La gara della lepre e del porcospino: vince chi viene accompagnato da una traduzione

Nei processi intercorrenti tra parti tedesche ed italiane sorge spesso la competizione tra chi riesce ad adire per primo un tribunale. L'attore che intende ottenere la celere condanna al pagamento, cerca di adire il giudice tedesco, mentre il convenuto, portato a dilungare i tempi, punta sui tempi biblici del tribunale italiano. Ove la parte italiana si rivolga allora al giudice italiano richiedendo l'accertamento negativo dell'asserita pretesa tedesca, all'attore tedesco non rimane molto da fare, dovendo attendere l'esito del processo italiano. A motivo di ciò gli attori tedeschi cercano di adire per primi il tribunale tedesco.

La Pretura di Leverkusen (25 C 514/14) è stata chiamata a giudicare su un simile caso. Il creditore tedesco aveva adito per primo il giudice di Leverkusen, mentre il debitore italiano aveva proposto causa di accertamento negativo dinanzi al Tribunale di Palermo solo in epoca successiva. Anche se all'apparenza il caso risulterebbe pacifico, nella fattispecie l'at-

tore tedesco aveva notificato l'atto di citazione in Italia senza traduzione, motivo per cui il convenuto italiano aveva rifiutato, come per diritto, la notifica dello stesso. Di conseguenza, la pretura di Leverkusen ha dovuto sospendere il proprio processo sino a decisione della vertenza pendente in Italia. La morale della favola? La regola del „First come, first served“ vale solo con la traduzione. [la decisione non è stata pubblicata, ma possiamo metterla a disposizione di chi ne fosse interessato]

Freno di crescita degli avvocati tedeschi

In base all'attuale statistica della Bundesrechtsanwaltskammer (consiglio nazionale forense tedesco) il numero degli avvocati del 2015 sarebbe aumentato di soli 239. Le ondate di iscrizioni (ca. 5000 iscritti all'anno tra il 1995 e il 2008) appartengono al passato.

L'avvocato „inventasentenze“

Le semibugie dell'avvocato appartengono purtroppo a volte al suo modus operandi. Così il cliente

viene rincuorato con la frase: il suo atto di citazione è già stato notificato! – anche se in realtà l'atto si trova ancora sulla scrivania (semmai). Alcuni colleghi perdono tuttavia il quadro d'insieme.

Un cliente aveva incaricato il proprio avvocato di richiedere gli stipendi ancora dovuti al suo datore di lavoro. L'avvocato rimase inerte, ma, per raddolcire la pillola, cominciò a produrre da se sentenze di condanna del datore di lavoro in favore del cliente. Per sfortuna dell'avvocato, la verità venne a galla ed il collega venne condannato per falso in atti. Fortunatamente la decisione è stata cassata in secondo grado, poiché l'avvocato aveva redatto solo delle copie (e non degli originali) delle sentenze (OLG Hamm, 1 RVs 18/16).

In questo contesto, la redazione della newsletter richiama l'attenzione sui non indifferenti fattori stressanti che accompagnano la professione dell'avvocato. Ai potenziali clienti si chiede di porsi la seguente domanda: devo proprio mettere sotto pressione il mio avvocato per ottenere l'esito che intendo raggiungere?

DIZIONARIO DELLE
PAROLE INTRADUCIBILI

DOLCE · LAUDA ON TOUR

**World Link for Law – Avvocato Caroline Havemann, relatrice alla Conferenza annuale 2016 a Barcellona**

A maggio si è tenuta la Barcellona la conferenza annuale del network di studi legali WLL, che ha visto una nutrita partecipazione da studi legali da tutto il mondo, compresi Australia, Sudamerica, Stati Uniti, Canada e per la prima volta colleghi dal Giappone. A fronte di questa qualificata platea, l'avvocato Caroline Havemann del nostro studio ha esposto assieme a colleghi del foro di Parigi Bedard e Chouaib-Martinielli e Valente di Chicago sulle differenze nell'assunzione di prove nei procedimenti giudiziari commerciali delle rispettive giurisdizioni. L'incontro è stato occasione per cinque colleghi del nostro studio presente per rinsaldare i rapporti con i membri del network e conoscere i nuovi.

AC

Martin Cordella a Koblenz

Nell'ambito dell'evento organizzato dalla Camera di Commercio e dell'Industria di Coblenza il 03.06.2016 „Incontri per agenti di commercio e rivenditori“ (IHK-Netzwerktreffen für Handelsvermittlung und Vertrieb), in cooperazione con l'associazione di categoria „Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb Hessen, Thüringen und Rheinland-

Pfalz (CDH) e.v.“, ha presentato una relazione sulle questioni inerenti ai rapporti di agenzia transfrontalieri con particolare attenzione alle peculiarità del diritto italiano.

Martin Cordella a Leipzig

A Lipsia si è svolta il 21-22.04.2016 la conferenza annuale della società tedesca per il diritto della distribuzione (Deutsche Gesellschaft für Vertriebsrecht e. V.), durante la quale sono state trattate molte questioni attuali con particolare riferimento ai rapporti contrattuali transfrontalieri.

Marilena Bacci a Verona

L'avvocato Marilena Bacci ha concluso con successo il corso „Esperto di logistica e trasporto di merci“ in Verona, dedicato all'approfondimento degli orientamenti giurisprudenziali e della prassi italiana in tema di trasporto e logistica in Italia ed a livello internazionale.

Dolce Lauda seminario a Perugia

Il nostro seminario annuale organizzato in cooperazione con studi legali e tributari alleati e rivolto a clienti e colleghi è previsto quest'anno per il 30.09/1.10.2016 a Perugia.

PAROLE

Invito a collaborare**Tutti possono partecipare!
Anche Svizzeri, Austriaci,
Lussemburghesi e Liechtensteiner!**

Si ringraziano gli autori per gli interessanti contributi! Per un disguido elettronico è stato purtroppo cancellato, poco prima della chiusura redazionale, il file contenente i contributi...

Chiediamo pertanto ai lettori bilingui di inviarcì di nuovo le loro proposte. Un'e-mail dell'Avv. Mario Dusi di Milano si è peraltro salvata Qui di seguito, dunque, i primi termini:

- L'Illustrissimo Tribunale
- il comportamento ondivago di controparte
- la degiurisdizionalizzazione

GESELLSCHAFTSRECHT

Haftung aus Insolvenverschleppung auch für Direktor einer Limited

Englische Gesellschaftsformen, die mit einem Haftungskapital von nur 1 £ gegründet wurden, erfreuten sich in Deutschland vor der Einführung der Unternehmensgesellschaft 2008, die ebenfalls kein Stammkapital zur Gründung benötigt, großer Beliebtheit. Viele Fragen zur Haftung der Vertreter der ausländischen Gesellschaften blieben dabei offen. Der Bundesgerichtshof hat nun mit Urteil vom 15. März 2016 (II ZR 119/14) entschieden, dass bei gesetzlichen Vertretern einer englischen Gesellschaft (private company limited by shares), über deren Vermögen in Deutschland das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, § 64 Satz 1 GmbHG zur Anwendung kommt. Das bedeutet, dass die Direktoren einer Limited zivilrechtlich und strafrechtlich persönlich haften, wenn sie bei Insolvenzreife des Unternehmens keinen Insolvenzantrag gestellt haben. Der BGH hat

damit klargestellt, dass die sich daraus ergebenden Schadensersatzansprüche, die bei einer Gesellschaft, die mittellos ist, aber weiter fortgeführt wird, erheblich sein können, sich nach deutschem Recht richten.

Haftung des Geschäftsführers einer GmbH für Gehaltszahlungen an seinen Mitgeschäftsführer

Wie das OLG München entschieden hat (23 U 4861/14), haftet der Geschäftsführer einer GmbH gegenüber der Gesellschaft, wenn er für ihn erkennbare pflichtwidrige Gehaltsauszahlung eines Mitgeschäftsführers an sich selbst nicht verhindert oder unterbindet. Die Geschäftsführer einer GmbH sind kraft ihres Amtes grundsätzlich für alle Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig und können sich ihrer Verantwortung auch nicht durch interne Zuständigkeitsverteilungen entziehen. Fällt dem einen Geschäftsführer eine Unregelmäßigkeit bei dem anderen Geschäftsführer auf, muss er einschreiten.

ARBEITSRECHT

Repêchage (Andienungspflicht eines anderen Arbeitsplatzes vor Kündigung)

Die arbeitgeberseitige Kündigung, die durch betriebliche Reorganisationsmaßnahmen begründet ist, wird in Italien als Kündigung aus berechtigtem objektiven Grund bezeichnet (giustificato motivo oggettivo). Eine der Voraussetzungen für die Rechtfertigung einer solchen Kündigung ist die Unmöglichkeit, dem Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz im Betrieb (oder in einem anderen Betrieb im Konzern, soweit es sich um einen einheitlichen Rechtsträger handelt) anzubieten.

Die Rechtsanwender fragen sich seit jeher in diesem Zusammenhang, wie weit diese Verpflichtung gehen muss und wie die Beweislastverteilung hinsichtlich alternativer oder offener Arbeitsstellen im Betrieb zu erfolgen hat.

Einige kürzlich verkündete Entscheidungen des Kassationshof haben die Diskussion belebt.

Zur ersten Frage, wie weit die Andienungspflicht gehen soll, wurde dem Kassationshof die Frage vorgelegt, ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, dem Arbeitnehmer auch einen Arbeitsplatz mit einer niedrigeren Eingruppierung anzubieten. (Urteile 4509/2016 e 9467/2016).

Mit Urteil 4509/2016 wurde entschieden, dass der Arbeitgeber, der zunächst den Beweis erbringen muss, dass der gekündigte Arbeitsplatz weggefallen ist, auch darlegen und beweisen muss, dass er dem Arbeitnehmer eine geringerwertigere Tätigkeit angeboten und dieser eine solche abgelehnt hat. Diese geringwertige Tätigkeit muss aber mit der Ausbildung des Arbeitnehmers «rientranti nel suo bagaglio professionale» und mit den betrieblichen Erfordernissen der Organisationsstruktur, so wie vom Unternehmer betrieben, vereinbar sein.

Mit dem zweiten Urteil (5592/2016) wird die Andienungspflicht bei einer geringwertigeren Tätigkeit weiter konkretisiert: Diese muss „eine bestimmte Homogenität“ mit den ursprünglich übertragenen Aufgaben aufweisen.

Die Entscheidung des Kassationshof hat bezüglich der Beweislast viele Juristen überrascht: Danach ist der Arbeitgeber allein und ausschließlich für die Unmöglichkeit einer weiteren Verwendung im Betrieb des Arbeitnehmers beweisbelastet; der Arbeitnehmer hat keinerlei Kooperationspflicht. Bislang forderte die Rechtsprechung vom Arbeitnehmer, dass er zumindest einen freien Arbeitsplatz oder Aufgaben, die er in Zukunft hätte übernehmen könnte, im Rechtsstreit darzulegen hatte.

Die alarmierten Arbeitgeber wurden von der nachfolgenden Entscheidung (9467/2016) wieder beruhigt. Hier vertritt der Kassationshof (nur einen Monat später!!!) wieder die Auffassung, dass der Arbeitnehmer freie Arbeitsstellen im Kündigungsverfahren darzulegen habe. DDL

Auswertung des Browser zulässig

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat ein für Arbeitgeber hilfreiches Urteil verkündet (5 Sa 657/17); danach dürfen Arbeitgeber auch ohne Zustimmung des Arbeitnehmers dem Browserverlauf des Dienstcomputers auswerten, um Beweise für eine Kündigung zu sammeln. In dem entschiedenen Fall hatte der Arbeitnehmer an 5 von 30 Tagen privat im Internet gesurft, obwohl dies im Betrieb nur in den Arbeitspausen erlaubt war.

Arbeitsrecht in Italien (Buchveröffentlichung)

Die Autoren dieser Seite im Mandantenbrief (Rechtsanwältin Doriana de Luca und Rechtsanwalt Rodolfo Dolce) haben einen Überblick über das italienische Arbeitsrecht nach den Job-Act-Regelungen für Unternehmer, Anwälte, Berater verfasst, der im September im Springer-Verlag erscheinen wird. Bitte kaufen!

ITALIENISCHES ZIVILVERFAHREN

Reform des Gesetzes über die Entschädigung bei überlangen Verfahrensdauern (Legge Pinto)

Das Haushaltsgesetz 2016 hat die Legge Pinto (L. 89/2001) reformiert, die die Entschädigung in Zusammenhang mit überlangen Verfahrensdauern regelt.

Die Änderungen führen zu einer Ermäßigung des Entschädigungsbetrages: In Zukunft wird ein Betrag von 400-800 Euro für jedes Jahr oder für jedes Teiljahr über sechs Monate zugesprochen werden (vor der Änderung: 500-1500 Euro p.a.).

Es sind weitere Beschränkungen eingeführt worden: Eine Entschädigung wird nicht geleistet werden, wenn bei einfachen Sachverhalten nicht mit dem Mahnverfahren begonnen wurde, oder wenn ein gerichtlicher Vergleichsvorschlag nicht angenommen wurde, und das Verfahren dann mit einer Entscheidung endet, die nicht erheblich vom Vorschlag abweicht. Kein Anspruch hat auch derjenige, der von vornherein die Unbegründetheit seiner Forderungen erkennen musste.

Die Reform führt aber auch erfreuliche Neuigkeiten ein:

1) Es ist nicht mehr das Oberlandesgericht zuständig, das für Ampflichtverletzungen von Richtern zuständig ist, sondern das Oberlandesgericht, das für das Verfahren in zweiter Instanz zuständig war;

2) Sobald das Entschädigungsurteil ergeht, ist für die Zahlung nicht mehr das Justizministerium zuständig; es ist nunmehr ausreichend, bei dem selben Oberlandesgericht, das die Entscheidung verkündet hat, innerhalb von 30 Tagen einen entsprechenden Auszahlungsantrag zu stellen, das Oberlandesgericht weist dann die Zahlung unmittelbar an.

Im Ergebnis ist zu erwarten, dass die Zahl der Entschädigungsfälle in Zukunft zurückgehen wird, die Verfahren und die Auszahlungen aber beschleunigt werden.

Zugang des Gläubigers zu den Schuldnerdaten aus den Datenbanken der öffentlichen Verwaltung (Art. 492 bis it. ZPO)

In unserem Mandantenbrief Nummer 37 haben wir von den neuen Möglichkeiten des Gläubigers berichtet, im Rahmen der Zwangsstreckung in den Datenbanken der Behörden nach pfändbaren Schuldnervermögen zu suchen.

Es musste mehr als ein Jahr vergehen, bis dieses neue Institut in der Praxis umgesetzt wurde, jetzt liegen aber die ersten konkreten Erfahrungen vor.

Der Gläubiger hat einen Antrag an den Präsidenten des Landgerichts zu stellen, das für den Wohnsitz des Gläubigers zuständig ist, auf Berechtigung zur Schuldnerauskunft. Hat er diese erhalten, kann er von allen Behörden der öffentlichen Verwaltung (Einwohnermeldeamt, Kfz-Zulassungsbehörde, Sozialversicherungsträger) Auskunft verlangen. AB

PROCESSO ITALIANO

La riforma della Legge Pinto: come cambia il diritto all'equa riparazione

La legge di stabilità 2016 ha modificato la c.d. Legge Pinto (L. 89/2001) che regola la possibilità di richiedere un indennizzo per il danno subito a causa dell'irragionevole durata del processo.

Le modifiche introdotte prevedono una riduzione dell'ammontare dell'indennizzo: ora è previsto un risarcimento pari ad una somma non inferiore ad Euro 400,00 e non superiore a Euro 800,00 per ciascun anno o frazione di anno di processo durato più di sei mesi (prima il risarcimento ammontava ad una somma non inferiore ad Euro 500,00 e non superiore a Euro 1.500,00 per anno).

Sono altresì stati introdotti dei limiti al riconoscimento dell'indennizzo: nessuna equa riparazione verrà riconosciuta a chi non abbia utilizzato il rito sommario in controversie semplici e di pronta soluzione, a chi non abbia accettato un accordo conciliativo ed il giudizio non si sia concluso con una sentenza maggiormente favorevole rispetto alla proposta conciliativa, oppure a chi abbia agito o resistito in giudizio consapevole della infondatezza delle proprie richieste.

La riforma è riuscita però ad apportare anche qualche novità positiva:

1) la domanda di equa riparazione si proporrà ora con ricorso al Presidente della Corte di appello in cui ha sede il giudice innanzi al quale si è svolto il processo di primo grado e non più alla Corte d'appello competente per i procedimenti riguardanti i magistrati;

2) una volta ottenuta la sentenza che riconosce il diritto ad ottenere l'indennizzo, non bisognerà più rincorrere il Ministero della Giustizia per ottenere il pagamento ma basterà compilare un formulario e depositarlo, entro 30 giorni, presso la stessa Corte d'appello che ha emesso il provvedimento. Sarà la Corte d'appello a provvedere al pagamento per conto dell'amministrazione.

In conclusione, i casi in cui si riuscirà ad ottenere la liquidazione di un indennizzo per irragionevole durata del processo saranno minori, ma il procedimento e i pagamenti saranno più celeri!

La ricerca dei beni del debitore nelle banche dati della Pubblica Amministrazione (ex art. 492 bis c.p.c.)

Nella nostra Lettera ai clienti n. 37 vi avevamo parlato del nuovo sistema di ricerca dei beni del debitore introdotto nel processo esecutivo italiano per tutelare il creditore ed aiutarlo ad individuare beni del debitore da sottoporre ad esecuzione.

Abbiamo dovuto attendere poco più di un anno prima che questo istituto funzionasse veramente, ma ora abbiamo potuto vedere i primi risultati concreti!

Attualmente il creditore può fare istanza al Presidente del Tribunale del luogo di residenza del debitore per essere autorizzato alla ricerca dei beni da pignorare. Ottenuto il provvedimento di autorizzazione potrà egli stesso richiedere agli uffici della Pubblica Amministrazione (anagrafe tributaria, P.R.A., enti previdenziali) di essere informato sulla presenza di beni e/o crediti del debitore che potranno essere sottoposti ad esecuzione. AB

DIRITTO SOCIETARIO

Anche il direttore di una limited risponde in caso di tardiva istanza di fallimento

Alcune forme societarie inglesi, che prevedono un capitale sociale minimo di 1 £, erano molto apprezzate in Germania prima dell'introduzione nel 2008 della cosiddetta Mini-Srl, la cui costituzione è parimenti possibile con un capitale sociale meramente simbolico. Sono tuttavia ancora controverse molte questioni relative alla responsabilità dei rappresentanti legali delle società straniere operanti in Germania. La Corte Federale tedesca ha deciso, con sentenza del 15 marzo 2016 (R.G. Il ZR 119/14), che ai rappresentanti legali di una società inglese (private company limited by shares), sul cui patrimonio sia stata aperta una procedura fallimentare, è applicabile la disposizione di cui al § 64 periodo 1 GmbHG (legge tedesca materia di Srl). Da ciò deriva una responsabilità personale, sia civile che penale, dei direttori di una limited qualora, nonostante l'insolvenza della società, non provvedano al deposito tempestivo di un'istanza di fallimento. La Corte ha

in tal modo chiarito che le pretese risarcitorie – spesso non di poco conto – derivanti dalla prosecuzione dell'attività di un'impresa ormai insolvente, sono soggette alla legge tedesca.

Responsabilità dell'amministratore di una GmbH per emolumenti corrisposti a un altro amministratore

La Corte d'appello di Monaco (R.G. 23 U 4861/14) ha sancito la responsabilità di un amministratore di una GmbH (Srl tedesca) nei confronti della stessa società, qualora egli non impedisca l'illegittimo pagamento, da questi riconoscibile, di un emolumento in favore di un altro amministratore. Agli amministratori di una GmbH è infatti attribuita ex lege una competenza omnicomprendente in merito agli affari della società e non vi è la possibilità di esimersi dalla relativa responsabilità nemmeno mediante ripartizione interna delle competenze. Qualora un amministratore accerti una violazione di un altro amministratore, egli è obbligato a intervenire.

DIRITTO DEL LAVORO

Obbligo di repêchage

Il recesso del datore di lavoro per ragioni inerenti all'attività produttiva in Italia è chiamato licenziamento per giustificato motivo oggettivo. Una delle condizioni di legittimità del suddetto licenziamento è l'impossibilità di adibire il lavoratore ad altre mansioni all'interno dell'azienda (o all'interno delle società del gruppo, se di fatto è riscontrabile un unico centro di imputazione dei rapporti giuridici).

Gli operatori giuridici da sempre si sono interrogati in merito all'ampiezza ed ai confini di tale obbligo, nonché sulla ripartizione dell'onere probatorio in tema di possibilità di posizioni alternative vacanti per il dipendente da licenziare.

Di recente il dibattito si è riaperto a seguito di alcune ultime sentenze della Cassazione.

Sul primo punto, l'ampiezza dell'obbligo, la Cassazione (con le sentenze 4509/2016 e 9467/2016) si è posta il problema se il diverso utilizzo del lavoratore possa riguardare anche mansioni inferiori.

La sentenza 4509/2016 pone in capo al datore di lavoro l'onere di provare (oltre alla soppressione della posizione lavorativa ricoperta) non solo «che non sussisteva alcuna posizione di lavoro analoga a quella soppressa, ma anche di aver prospettato al licenziato, senza ottenerne il consenso, la possibilità di un suo impiego in mansioni inferiori». Tali mansioni inferiori, però, devono essere «rientranti nel suo bagaglio professionale» e «compatibili con l'assetto organizzativo aziendale insindacabilmente stabilito dall'imprenditore».

La seconda sentenza specifica ancor meglio il concetto poiché conclude che, perché sorga l'obbligo di prospettare al lavoratore l'utilizzo in una mansione inferiore, occorre che quest'ultima presenti «una certa omogeneità con i compiti originariamente svolti».

Quanto invece all'onere della prova, la sentenza 5592/2016 della Cassazione ha suscitato un certo scalpore, poiché ha riportato integralmente (ed esclusivamente) in capo al datore di lavoro l'onere di pro-

vare l'impossibilità di un diverso utilizzo del lavoratore, senza che a quest'ultimo possa chiedersi in alcun modo di collaborare nel relativo accertamento, controvertendo quello che sembrava ormai un orientamento giurisprudenziale consolidato, e cioè l'esistenza in capo al dipendente, di un dovere di indicare nel ricorso al giudice, le mansioni nelle quali riteneva di poter essere utilizzato.

Ciò ho de-stato un qualche allarme soprattutto fra i datori di lavoro, ma la Cassazione è sembrata tornare sui suoi passi solo circa un mese dopo, riproponendo il dovere di collaborazione del lavoratore che impugni il licenziamento nell'accertamento di un possibile repêchage, mediante l'allegazione di posizioni lavorative di possibile ricollocazione (sempre con la sentenza 9467/2016). DDL

Liceità dell'utilizzo del Browser

Il Tribunale del Lavoro di Berlino-Brandeburgo ha emesso una sentenza favorevole nei confronti di un datore di lavoro (5 Sa 657/17), a seguito della quale i datori di lavoro possono utilizzare la cronologia del browser del computer aziendale anche senza il consenso del lavoratore al fine di raccogliere prove per un licenziamento. Nel caso in questione il dipendente aveva navigato in Internet per cinque giorni su trenta per ragioni private, nonostante ciò fosse consentito solo durante la pausa pranzo.

Arbeitsrecht in Italien (Pubblicazione)

Gli autori di questa pagina della Newsletter (Avv. Doriana de Luca e Avv. Rodolfo Dolce) hanno elaborato una panoramica sulle novità introdotte nel diritto del lavoro italiano dal Job-Act per le aziende, gli avvocati e i consulenti del lavoro, che verrà pubblicato dalla casa editrice Springer in settembre. Ve ne consigliamo l'acquisto!

TRANSPORT UND SCHADEN

Internationales Transportrecht: Ein Wegweiser für die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte

Ein italienischer Unterfrachtführer wurde von einem deutschen Spediteur zunächst vor dem Amtsgericht Frankfurt auf Ersatz eines vermeintlich entstandenen Schadens wegen Teilverlust der Ware verklagt. Der Kläger begründete die internationale Zuständigkeit des angerufenen Gerichts nach Art. 31 CMR, da die streitgegenständliche Ware in Deutschland abgeholt und nach Italien transportiert werden sollte und nach Italien transportiert werden sollte und nach Italien transportiert werden sollte und nach Italien transportiert werden sollte und nach Italien transportiert werden sollte.

Hierbei wurde auf Seiten des Klägers allerdings außer Acht gelassen, dass der ital. Unterfrachtführer von einem ital. Vorrachtführer für die rein italienische Strecke beauftragt worden war, so dass dem ital. Unterfrachtführer der ausländische Ursprung des Abholortes der Ware nicht bekannt war.

Das Landgericht Frankfurt hat mit Urteil vom 18.12.2015 Az. 3-10 S 3/14 zu Recht seine internationale Zuständigkeit nicht erkannt, da, anders als in dem bereits einige Jahre zuvor vom BGH am 20.11.2008 unter dem AZ. I ZR 70/06 entschiedenen Fall, wo der beklagte Unterfrachtführer das Beförderungsgut grenzüberschreitend transportiert hatte, in unserem Fall der ital. Unterfrachtführer eben nicht bereits bei Annahme des Auftrages berücksichtigen konnte, dass es sich um einen internationalen Transport handeln würde.

Das LG Frankfurt folgt der Rechtsprechung des BGH, nach der die Anwendung des Art. 31 Abs. 1 lit. B) CMR zum einen voraussetzt, dass der Unterfrachtführer vor Vertragsschluss diejenigen Umstände kennt oder kennen muss, die zur Anwendung des CMR aus dem Gesamtbeförderungsvertrag führen; denn nur dann kann er diesen Umstand tatsächlich bei der Entscheidung über die Annahme des Auftrages berücksichtigen; zum anderen, dass der Schutz des Beklagten gewährleistet wird, um damit auch dem Prinzip der Rechtssicherheit genüge zu tun.

MB

ADS in Italien im Versicherungswesen, Schadenersatz aus Verkehrsunfall und Transportrecht

In Italien sind gegenwärtig vier alternative Streitbeilegungssysteme vorgesehen, u.a. in den Bereichen Versicherungswesen, Schadenersatz aus Verkehrsunfall und Transportrecht, die vor der Einleitung von Gerichtsverfahren durchzuführen sind:

Zu der Rechtsprechung des EUGH zur autonomen Definition der Unerlaubten Handlung in der Rom II Verordnung finden Sie einen aktuellen interessanten Artikel von Frau Rechtsanwältin Mariena Bacci in unserem Blog blog.dolce.de.

1) DIE ZIVILRECHTLICHE MEDIATION (DL 28/201)

Dieses System findet bei Streitigkeiten über Versicherungsverträge Anwendung, ausgenommen Schadensersatzansprüche im Straßenverkehr.

Der Antrag muss an die von den Parteien frei gewählte Mediationskörperschaft gestellt werden. Der Verantwortliche einer solchen Körperschaft wird dafür sorgen, dass ein Mediator ernannt wird und das erste Treffen der Parteien bestimmen, das in Begleitung einer anwaltlichen Vertretung stattfindet. Das Verfahren dauert insgesamt drei Monate, das aber aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Parteien durchaus verlängert werden kann. Je nachdem, welcher Mediationskörper gewählt wurde, können Kosten auftreten, die im Falle einer positiven Erledigung der Angelegenheit bis zu einem Drittel erhöht werden können.

Die Tätigkeit des Rechtsanwaltes ist hierfür getrennt zu vergüten, wobei normalerweise zumindest ein Teil von der gegnerischen Versicherung übernommen werden sollte.

2) OBLIGATORISCHES VERHANDLUNGSVERFAHREN MIT RECHTSBEISTAND (Decreto Legislativo 132/2014)

Wer im Zusammenhang mit einem Schadensersatz aus einem Verkehrsunfall bzw. im Transportbereich klagen will, muss die Gegenseite zunächst einladen, an der Durchführung eines Verhandlungsverfahrens mit Rechtsbeistand teilzunehmen. Bei Annahme der Einladung wird eine Vereinbarung über das Verhandlungsverfahren geschlossen. Die Parteien vereinbaren nach Treu und Glauben zusammenzuwirken, mit dem Ziel eine gütliche Einigung zu finden. Das Verhandlungsverfahren darf nicht vor Ablauf eines Monats und nach Ablauf von 3 Monaten (um weitere 30 Tage nach Vereinbarung verlängerbar) abgeschlossen werden.

Im Anschluss an die getroffene Vereinbarung eröffnet sich die Phase der Verhandlung. Bei einem positiven Ausgang stellt der von den Parteien und ihren Anwälten unterschriebene und beglaubigte Vergleich einen Vollstreckungstitel dar, der zudem als Titel für die Einschreibung einer gerichtlichen Hypothek dient.

Die damit verbundene anwaltliche Tätigkeit wird getrennt vergütet.

3) DIE PARITÄTISCHE STREITSCHLICHTUNG

- fakultativ -

Im Falle einer Streitigkeit bezüglich eines Schadensfalles R.C. Auto mit Ersatz für Personen- und/oder Sachschäden bis zu 15.000,00 Euro, kann sich die geschädigte Partei an einen der Verbraucherschutzzvereine wenden, die Mitglied des Abkommens des Bundesverbandes der Versicherungsgesellschaften (ANIA) sind.

Die einfache und schnelle Prozedur schließt in 30 Tagen ab Erhalt des Antrages ab. Es bedarf allerdings sehr häufig der Mitgliedschaft in einem Verbraucherverein.

4) DAS SCHIEDSVERFAHREN (Artt. 806 ff. ital. ZPO) - fakultativ -

Dieses ist aktivierbar oder gilt kraft einer Schiedsklausel, wenn sie von den Allgemeinen Vertragsbedingungen vorgesehen ist. Die Übertragung der Entscheidungsbefugnis auf die Schiedsrichter kann auch vertraglich jederzeit vereinbart werden.

Obgleich die Dauer eines Schiedsverfahrens häufig kürzer ist als die eines Gerichtsverfahrens (im Durchschnitt zwischen 8 Monaten und zwei Jahren), so sind die damit verbundenen Kosten oft nicht unerheblich.

NB: Um die Justiz zu entlasten, hat der ital. Gesetzgeber für diejenigen, die sich für ein alternatives Streitbeilegungssystem entschieden haben, ein Steuerguthaben (Bonus fiscale) vorgesehen. Er richtet sich nach den tatsächlich geleisteten Gebühren bis zu einem Höchstwert von 250,00 Euro. Da der Bonus als Ausgleich bzw. zur Herabsetzung der Einkommenssteuer vorgesehen ist, kann der Bonus nur von derjenigen Partei beantragt werden, die ihren Sitz in Italien hat bzw. dort ansässig ist, da nur sie in Italien steuerpflichtig ist. Diese Begünstigung erweist sich als ungerechtfertigte Diskriminierung zu Lasten von EU-Staatsbürger bzw. ausländischen Gesellschaften, die im Ausland ansässig sind.

MB



**Domiciliazioni e
ricerca personale
bilingue**

Lavoro interinale

dlw

info@dlwfrankfurt.de

TRASPORTO E DANNO

Trasporto internazionale: vademecum per la competenza internazionale del giudice tedesco

Un subvettore italiano veniva citato in giudizio dinanzi alla pretura di Francoforte da uno spedizioniere tedesco ai fini della richiesta di risarcimento del danno in seguito a perdita parziale della merce. L'attore riteneva di poter fondare la competenza internazionale del giudice adito sulla base dell'art. 31 CMR, posto che la merce oggetto di contenzioso era stata ritirata in Germania per essere trasportata poi in Italia, motivo per cui si poteva sostenere la sussistenza di un cd. „Gesamtbeförderungsvertrag“, incarico globale di trasporto.

L'attore non ha tuttavia tenuto in considerazione che il subvettore italiano era stato incaricato da un vettore italiano per un tratto prettamente italiano, motivo per cui il convenuto italiano non era in realtà a conoscenza del fatto che il trasporto de quo era iniziato all'estero.

Con sentenza del 18.12.2015 R.G. 3-10 S 3/14, il Tribunale di Francoforte ha giustamente negato la propria competenza internazionale, posto che diversamente da quanto deciso dal BGH con una precedente sentenza del 20.11.2008 sub R.G. I ZR 70/06 in una causa dove il subvettore aveva esso stesso effettuato il trasporto transfrontaliero, nel nostro caso il subvettore italiano non era a conoscenza della provenienza del trasporto all'atto di ricezione e conferma dell'incarico per il tratto italiano.

Con tale sentenza, seguita poi dal Tribunale di Francoforte, il BGH ha quindi chiarito il campo di applicazione dell'art. 31 comma 1 lett. B) CMR, richiedendo due condizioni: a) che il sub vettore sia a conoscenza di tutte le circostanze del trasporto che possono determinare l'applicazione della CMR prima dell'accettazione dell'incarico; b) che il convenuto rimanga tutelato in base alle regole generali sulla competenza anche in osservanza del principio di certezza del diritto.

ADS in Italia in materia assicurativa, risarcimento danni da incidente stradale e trasporti e spedizioni

Attualmente vigono in Italia 4 sistemi alternativi di risoluzione delle controversie con le assicurazioni e/o in materia di risarcimento del danno da incidente stradale, che a seconda dei casi costituiscono obbligatorio presupposto ai fini di adire validamente l'autorità giudiziaria in Italia:

Sull' interpretazione autonoma della Corte di Giustizia del fatto illecito nel Regolamento Roma II trovate un interessante articolo di attualità dell'Avv. Marilena Bacci sul nostro blog blog.dolce.de.

1) LA MEDIAZIONE CIVILE (D.Lgs. 28/2010) - obbligatoria

In materia assicurativa, fatta eccezione per le cause relative al risarcimento del danno da circolazione di veicoli, è obbligatorio presentare preventiva domanda all'Organismo di mediazione scelto liberamente dalle parti. Il responsabile di tale Organismo provvederà a designare un mediatore e a fissare il primo incontro tra le parti, le quali dovranno parteciparvi con l'assistenza di un avvocato.

La procedura ha una durata complessiva di tre mesi, prorogabile su accordo delle parti. A seconda dell'organismo di mediazione prescelto, tale procedura può richiedere il pagamento dell'attività del mediatore, la quale in presenza di verbale positivo potrà essere aumentata sino ad un terzo.

La relativa attività dell'avvocato va remunerata separatamente, laddove in questi casi pare possibile ottenere il rimborso parziale dei costi legali in caso di vittoria da parte dell'assicurazione.

2) LA CONVENZIONE DI NEGOZIAZIONE ASSISTITA (D.L. 132/2014) - obbligatoria

In materia di risarcimento del danno da circolazione di veicoli nonché in materia di trasporti e spedizioni, fatta eccezione per il recupero del nolo, se richiesto con decreto ingiuntivo, è obbligatorio presentare tramite un avvocato preventivo invito a stipulare un accordo con il quale ci si impegna a cooperare lealmente per risolvere la controversia con l'assistenza dei rispettivi avvocati. La controparte invitata deve rispondere entro 30 giorni.

In caso di accettazione dell'invito verrà poi stipulata per iscritto con autentica di firme la relativa convenzione di negoziazione assistita, avente ad oggetto l'impegno delle parti a cooperare in buona fede e con lealtà al fine di trovare una soluzione amichevole. La negoziazione deve concludersi non prima di un mese e non dopo tre mesi (prorogabile per ulteriori trenta giorni su accordo).

In caso di esito positivo l'accordo sottoscritto dalle parti e dagli avvocati che le hanno assistite costituisce titolo esecutivo ed è valido per l'iscrizione di ipoteca giudiziale.

La relativa attività dell'avvocato va remunerata separatamente.

3) LA CONCILIAZIONE PARITETICA – facoltativa

In caso di controversia relativa ad un sinistro R.C. Auto relativo alla richiesta di risarcimento dei danni a persone e/o cose fino a 15.000,00 euro, il danneggiato può rivolgersi ad una delle Associazioni dei Consumatori aderenti all'accordo con l'Associazione Nazionale fra le Imprese Assicuratrici (ANIA). La procedura di per se semplice e veloce si conclude entro

30 giorni dal ricevimento della domanda da parte della Compagnia. Sussiste tuttavia quasi sempre l'onere di iscrizione all'associazione dei consumatori a cui si affida la pratica.

4) L'ARBITRATO (artt. 806ss. c.p.c.) - facoltativo

Tale strumento di risoluzione alternativa della controversia richiede o la previsione in un'apposita clausola compromissoria, prevista nelle condizioni generali debitamente accettate o in un contratto, o attraverso la stipulazione di un accordo ad hoc volto ad attribuire agli arbitri il potere di decidere la controversia. I tempi dell'arbitrato sono sempre minori rispetto a quello di un giudizio civile (da 6 mesi a ca. due anni nella media), tuttavia le relative spese possono essere non indifferenti e vanno verificate a priori.

N.B. Al fine di incentivare il ricorso agli strumenti deflattivi della giustizia civile italiana, il legislatore ha introdotto un credito di imposta (cd. bonus fiscale) in caso di successo, commisurato al compenso erogato fino alla concorrenza di 250,00 Euro. Una perplessità ed inevitabile forte criticità al sistema italiano rimane a mente del fatto che il bonus, dovendo essere indicato nella dichiarazione dei redditi italiana quale credito, non potrà di fatto essere utilizzato in compensazione ovvero in diminuzione delle imposte sui redditi per le persone fisiche non titolari di redditi di impresa o lavoro autonomo.

Tale provvedimento è dunque foriero di un'ingiusta discriminazione tra residenti in Italia e non residenti.

MB

Zweisprachiges
Personal

Arbeitnehmer-
überlassung

dlw

info@dlwfrankfurt.de

PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienischen Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienverkauf von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobiliarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Ständesrecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p.162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007 24. Castelli, Italien: Gesetzentwurf zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern 25. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Länderberichte, ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 2011, 465 26. Ramon: Länderbericht zum italienischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, FamRBint 2009, S. 65 27. Ramon: Sorgerecht bei nichtehelichen Kindern nach italienischem Recht, FamRBint 4/2009, S.77 28. Ramon: Bemessung des nahehelichen Unterhalts nach italienischem Recht, FamRBint 2/2010, S. 26 29. Ramon: Unterhalt nach italienischem Recht, FamRBint 1/2012, S. 15 und Scheidung nach italienischem Recht, FamRBint 2/2012, S. 27 30. Castelli, Italien: Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 11/2012, S. 587 31. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 9/2011, S. 465 32. Castelli, Italien: Änderung des Nießbrauchswerts, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 4/2012 33. Castelli, Italien: Vereinfachung der Inventarerrichtung durch unmittelbare Beauftragung des Notars; Italien, Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, ZEV 2012, 587 34. Castelli, Italien: Gesetz zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern; Italien, Verfassungswidrigkeit des obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbstreitigkeiten, ZEV 2013, 135 35. Dolce, Neues italienisches Berufsrecht, BRAK-Mitteilungen 2013, S. 112 ff. 36. Ramon, Länderbericht Italien, BGB Familienrecht, NomosKommentar in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein, Band 4, 3. Auflage, 2014 37. Ramon, Scheidung und Scheidungsfolgenrecht: Länderbericht Italien in Heft 11/2014 des FamRB, S. 432 38. Castelli, Italien: Erleichterungen für Erbschaftsteuerpflichtige, ZEV 3/2015, 155 39. Dolce, in Länderbericht Italien, in Handbuch Immobilienrecht in Europa, Frank / Wachter (Hrsg.) 2., neu bearbeitete Auflage, C.F. Müller, 2015,

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59
email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13
email: dl.mi@libero.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41
email: dl.modena@iol.it

Urbanstraße 28 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193
email: stuttgart@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27
email: info@dolce.de



Die Verfasser stehen Ihnen gerne für weitere Hinweise zur Verfügung.
Gli autori sono a Vostra disposizione per ulteriori informazioni.

| | | | | | |
|-----|---|------------------|----|---|-------------------|
| ac | - | André Castelli | sd | - | Stefan Dangel |
| rd | - | Rodolfo Dolce | dd | - | Doriana de Luca |
| gg | - | Giovanni Gelardi | ch | - | Christian Hermann |
| cm | - | Carlo Malossi | mc | - | Martin Cordella |
| tln | - | Thanh Lan Nguyen | vr | - | Viviana Ramon |
| mb | - | Marilena Bacci | ab | - | Angela Bonacina |